



# KODAK GRAY SCALE



<b>C</b> Red-Filter Negative Cyan Printer		<b>M</b> Green-Filter Negative Magenta Printer		<b>Y</b> Blue-Filter Negative Yellow Printer	
---	--	--	--	--	--

00 A .10 .20 .30 .50 .70 M 1.00 1.30 1.60 B 1.90



black

3-color

white

cyan

violet

magenta

primary red

yellow

green



## KODAK COLOR CONTROL PATCHES

*These colors have been selected as representative of those inks commonly used in photomechanical reproduction.*



Us 41

# Beleuchtung des amtlichen Verfahrens

der

stimmführenden Mitglieder des vormaligen  
Herzoglichen Staatsministerii,

insonderheit

des zweiten Cammer-Directors und vormaligen  
Landes-Steuer-Rathes

G. P. von Bülow,

in einem

von den Mitgliedern des engern und größern Ausschusses  
der Landschaft

unterm 10<sup>ten</sup> August 1831-

an des regierenden Herzogs Wilhelm Durchlaucht  
erstatteten unterthänigsten Berichte.

---

Zum Besten der Blindenanstalt.

---

Braunschweig,  
gedruckt bei Fr. Vieweg und Sohn.  
1831.

Erklärung

der Herren Abgeordneten

der Provinzial-Assemblee

in Betreff der

Verordnung

über die

Verordnung

über die

Verordnung

über die

Verordnung

über die

Verordnung

über die

Verordnung

Verordnung

Verordnung

1881



Der Cammer-Director von Bülow II. hat seiner als Handschrift gedruckten »Verantwortung gegen die Anschuldigungen des engern Ausschusses« neuerlich unter dem Titel: »Mein Verhältniß zur Landschaft seit 1819« eine Druckschrift folgen lassen, in welcher den Mitgliedern der ständischen Ausschüsse der arge Vorwurf des Mißbrauchs ihrer Stellung zu einer nicht aus Ueberzeugung hervorgegangenen, sondern allein von Rachsucht dictirten Anklage gemacht wird. Derselbe will seine Mitbürger glauben machen, daß er den Haß einer Klasse der Stände sich in den Jahren 1819 — 1823 durch die kräftige und erfolgreiche Unterstützung der auf Schmälerung der älteren Privilegien gerichteten landesherrlichen Propositionen zugezogen habe; seiner Behauptung zufolge sind ihm schon damals Winke von einflußreichen Männern hierüber zugegangen, auch will er im Jahre 1828 Klagen über eine von der Regierung ausgehende Unterdrückung der Aristokratie vernommen, und aus guter Quelle erfahren haben, daß die Ritterschaft um jene Zeit den Plan entworfen

habe, durch Unterhandlung sich die verlorenen Privilegien von 1770 wieder zu verschaffen.

Wie konnte, fragte man mit Recht, der Verfasser an die Möglichkeit glauben, seine Zeitgenossen durch dergleichen, mit offenkundigen, durch authentische Actenstücke belegten Thaten im Widerspruche stehende Märchen täuschen zu können? — Dem unterrichteten Theile seiner Mitbürger muß es ja noch in frischer Erinnerung sein, daß Seitens der Regierung ein Aufgeben der Privilegien der Ritterschaft nicht zum Antrage gekommen ist, und daß die Letztere, gänzlich außer der Lage, sich hierin den Ansichten Anderer fügen zu müssen, nur durch eigenen Entschluß zu einem solchen Opfer vermocht werden konnte, auch in demselben Augenblicke, wo sie von den erspriesslichen Folgen desselben für das Gemeinwohl sich überzeugt hatte, dazu bereit gewesen ist.

Es mag sein, daß Einzelne dieses ungern gesehen, und die Bereitwilligkeit ihrer Mitstände aus derselben Klasse im Stillen getadelt haben; unbegreiflich wäre es aber, wie ein Solcher dagegen Schutz bei einem Mitgliede der zweiten Section suchen, dessen Ansichten bekämpfen zu müssen geglaubt hätte. Es ist in dieser Hinsicht wahrscheinlich, daß die Briefe, welche der Cammer-Director von Bülow II. bekommen haben will, nur irrig von ihm gedeutet sind; hätte er dieselben vorgelegt, so würden die Verfasser ihn vielleicht eines Andern belehrt haben.

Mit den angeblich im Jahre 1828 vernommenen Klagen, daß der Adel vorzugsweise zurückgesetzt und bedrückt werde, mag es wohl eine gleiche Bewandniß

haben; die Namen Krahe, Eigner, Hettling, Eschenburg, Petri u. u. würden eine solche Behauptung auf der Stelle widerlegen. Wenn aber der Cammer-Director von Bülow II. vom Legationsrathe Klindworth über das Bestehen einer Verbindung von Mitgliedern der Landschaft zu dem Zwecke der Wiedererlangung von Vorzügen benachrichtigt ist, so konnte er am besten ein solches Gerücht als falsch widerlegen, da er als Theilnehmer an den Arbeiten des Staats-Ministerii und an den Berathungen der Ausschüsse sowohl, als auch der im Mai 1829 versammelten Stände, es wissen mußte, daß die Herstellung der Privilegien von 1770 diesen wiederholt angetragen, deren Annahme aber von den Mitgliedern aller Klassen der Stände gleich standhaft abgelehnt worden ist \*).

Die vorerwähnten Schritte des Cammer-Directors von Bülow II. haben den Mitgliedern der ständischen Ausschüsse die Pflicht einer Wiederholung und nähern Begründung ihres frühern Antrages auferlegt, und wird der desfalls an Se. Hochfürstliche Durchlaucht erstattete unterthänigste Bericht dem Publicum zu dem Ende nachstehend vorgelegt, damit dasselbe aus seinem Inhalte sich überzeuge, daß weit entfernt, sich durch Leidenschaftlichkeit und persönliche Abneigung gegen jenen leiten zu lassen, dieselben nur dem Gebote der Pflicht gefolgt sind.

---

\*) Die Anlagen 1 und 2 lassen ersehen, was die im Mai 1829 erfolgte förmliche Anerkennung der Privilegien von 1770 bewirkte.

Durchlauchtigster Herzog,  
 Gnädigster Herzog und Herr!

Des engern und weitem Ausschusses  
 der Landschaft anderweitiger unter-  
 thänigster Antrag, das Dienstverfah-  
 ren des Cammer-Directors von  
 Bülow II. betreffend.

Als im December vorigen Jahres die Mitglieder  
 des engern Ausschusses zu dem unterthänigsten Antrage  
 veranlaßt wurden, daß Eure Hochfürstliche Durchlaucht  
 wegen des so allgemein und laut getadelten Dienstver-  
 fahrens des Cammer-Directors von Bülow II. eine  
 Untersuchung anzuordnen geruhen mögten, beschränkten  
 sich dieselben auf eine kurze Erwähnung der ihm zum  
 Vorwurfe gemachten Handlungen. Dieselben enthiel-  
 ten sich einer vollständigen Zusammenstellung der Um-  
 stände und einer genauern Entwicklung der Rechts-  
 gründe, auf welche ihre Ueberzeugung von seiner Straf-  
 barkeit sich stützte, weil jene größtentheils als bekannt  
 angenommen werden mußten, und durch letztere sie dem  
 competenten Urtheile nicht vorgreifen wollten. Der  
 größte Theil unserer Mitstände hätte gewiß gern ge-  
 sehen, daß der Cammer-Director von Bülow II.  
 durch ein freiwilliges Zurücktreten aus dem Staats-  
 dienste sie der Nothwendigkeit zur Aufstellung eines  
 motivirten Antrages auf Untersuchung seines Dienst-  
 verfahrens, überhoben hätte, und konnte es in dieser

Hinsicht nur willkommen sein, daß in Folge des höchsten Rescripts vom 16. April d. J., welches zur Beurtheilung der gesammten Landschaft die Frage über die Einleitung einer solchen Untersuchung verstellte, auch jenem zu Erkennung seiner Lage die gehörige Zeit gelassen werde. Es ist hierbei wohl nicht vorausgesehen, daß die Umstände eine so weite Hinaussetzung der Ständeversammlung veranlassen würden, noch weniger aber hat vermuthet werden können, daß der Cammer-Director von Bülow II. selbst Schritte thun werde, um den Ständen ein Zurücktreten von der gegen ihn erhobenen Anklage unmöglich zu machen. Von diesen Schritten war die öffentliche Bekanntmachung seiner auf höchsten Befehl eingereichten Verantwortung der erste.

Es fanden sich in derselben über das Verhältniß eines Ministers zum Fürsten, und über die Dienstpflicht der Staatsbeamten im Allgemeinen, Grundsätze aufgestellt, deren stillschweigende Anerkennung für den Fall dereinstiger Wiederkehr ähnlicher Verhältnisse, als wir sie kürzlich erlebten, gleich verderbliche Folgen nach sich ziehen müßte, und welche zu berichtigen oder auf verfassungsmäßigem Wege zu reformiren die Regierungsperiode die geeignetste erscheinen muß, in welcher das Bedürfniß zur möglichsten Befestigung des Staatswohls auch von Seiten des Staats-Oberhaupt's lebhaft gefühlt, und Höchstdessen Streben darauf gerichtet ist, die geeignetesten Mittel dazu aufzufinden und ins Leben zu rufen.

Es ist vielfältig im Publicum die Frage aufge-



worfen, ob die Mitglieder der ständischen Ausschüsse nicht sofort zu einer öffentlichen Widerlegung schreiten würden, als wozu jene Verantwortung auch in der Hinsicht Veranlassung zu bieten schien, daß die Anklage für eine Ausgeburt gehässiger Leidenschaft ausgegeben ward. Wir haben jedoch unserer Stellung nicht entsprechend gefunden, auf einem andern, als dem amtlichen Wege uns darüber zu äußern, und würden damit gern noch bis zur Ständeversammlung zurückgehalten haben, wenn nicht eine fernere dringende Aufforderung zu einer sofortigen Aeußerung in der kürzlich erschienenen Abhandlung »mein Verhältniß zur Landschaft« betitelt, vom Cammer-Director von Bülow II. ausgegangen wäre. Ueber die Ausfälle, welche in dieser Schrift auf einzelne Mitglieder der Landschaft und ganze Klassen der Stände gemacht sind, müssen diese sich erhaben erachten. Könnte das Vertrauen und die Achtung, welche sie Alle durch strenge Pflichterfüllung unter den schwierigsten Umständen, und durch Bereitwilligkeit zu jedem für das Staatswohl nöthig erkannten Opfer sich erworben zu haben glauben, unter solchen Angriffen leiden, so würde auf öffentliche Achtung und öffentliches Vertrauen ferner kein Werth gelegt werden dürfen. Den noch lebenden Zeugen der von 1819 bis 1823 gepflogenen ständischen Verhandlungen mag die Berichtigung dessen überlassen bleiben, was der Cammer-Director von Bülow II. die Nichtwissenden will glauben machen; dieses dürfen wir aber versichern, daß wir uns weder einer Anstrengung des Cammer-Directors von Bülow II. gegen Ge-



rechtsame der Ritterschaft, noch von Seiten dieser irgend einer Reaction gegen liberale Ansichten, die jener geäußert haben möchte, wovon uns jedoch nichts bekannt geworden, erinnern. Wir wollen uns im Uebrigen darauf beschränken, die Worte aus jener Schrift hervorzuheben, welche wir als nächste Veranlassung zu dieser anderweiten unterthänigsten Vorstellung betrachten. Derselbe sagt pag. 4:

» so möchte die ganze Anschuldigung damit ihre  
 » Erledigung gefunden haben. Denn durch diese  
 » Zurechtweisung ist nicht nur ausgesprochen,  
 » daß mein Einwand gegen die Befugniß ein-  
 » zelner Mitglieder und des Ausschusses der  
 » Stände selbst, hier wohl begründet gefunden  
 » sei, sondern zugleich angedeutet, daß die De-  
 » nunciation an sich selbst eine Beachtung nicht  
 » verdiene, indem eine jede gehörig begrün-  
 » dete Anzeige geschehener Verbrechen  
 » die gerichtliche Untersuchung zu er-  
 » öffnen auch dann geeigenschaftet ist,  
 » wenn gleich sie von Jemand gemacht  
 » sein sollte, der ohne Vollmacht im  
 » Namen eines Andern auftritt.«

Wir bemerken dabei zuvörderst, daß die Fassung des höchsten Rescripts vom 16. April d. J. \*) uns

---

\*) Wilhelm, Herzog zu Braunschweig: Delts 2c. 2c. bei Unserer dermaligen Regierung des Herzogthums Braunschweig 2c. Auf den Antrag des engeren Ausschusses löblicher Landschaft gegen den Cammer-Director von Bülow II., auf den Grund des §. 31. der erneuerten Landschafts-Ordnung eine Untersuchung einleiten zu

dasselbe nicht als das hat erscheinen lassen, wofür der Cammer-Director von Bülow II. es auszugeben sich erdreistet, »eine Zurechtweisung wegen Ueberschreitung unserer Befugnisse.« Wir müssen in Betracht, daß derselbe im engsten Verhältnisse zur Landschaft stand, und eine Kränkung ständischer Rechte den Hauptgegenstand des Vorwurfs bildet, auch bei eingeschränktester Deutung der Befugnisse, welche im §. 35. \*) der Landschaftsordnung den Ausschüssen zugestanden sind, uns zu einem Antrage der gemachten Art durchaus für befugt erachten, und würden, au-

lassen, haben Wir die gegen den 2c. von Bülow erhobenen Anschuldigungen demselben zur Verantwortung zugehen lassen. Diese ist von demselben nunmehr eingereicht, und Wir lassen solche hiebei dem engeren Ausschusse der löblichen Landschaft zufertigen.

Da der Cammer-Director von Bülow II. in seiner Verantwortung nicht nur das Recht des engeren Ausschusses und einzelner Ständemitglieder, einen Antrag, wie den vorliegenden, bei der Landesregierung zu machen, bezweifelt, sondern überhaupt die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen als gänzlich unbegründet darzustellen sucht, so hat es Uns am angemessensten geschienen, daß bei der bevorstehenden Ständerversammlung von gesammter Landschaft darüber: ob dieselbe bei dem gemachten Antrage beharren wolle? ein Beschluß gefaßt und dieser seiner Zeit zu Unserer Kenntniß gebracht werde, worauf wir das Weitere zu verfügen nicht ermangeln werden.

Braunschweig, den 16. April 1831.

Auf höchsten Speciel-Befehl

von Schleinitz. Schulz.

\*) Es ist demselben (dem engeren Ausschusse) auch unbenommen, seiner Seits unaufgefordert, besonders bei ungewöhnlichen und dringenden Vorfällen oder Veranlassungen, Vorstellungen und Anträge in landschaftlichen Angelegenheiten bei dem Landesherrn zu machen und seine gutachtliche Meinung pflichtmäßig zu äußern.

ßer dem Grunde, welchen der Cammer-Director von Bülow II. am Schlusse jener Bemerkung selbst gegen die Verschiebung der Untersuchung, bei übrigens genügender Veranlassung, angeführt hat, auch unser Recht zum Gegenstande einer anderweiten unterthänigsten Vorstellung gemacht haben, wenn in jenem Rescripte das Letztere in Zweifel gezogen wäre. Dieses ist jedoch nicht der Fall. Ohne über den Grund oder Ungrund des Einwandes sich zu erklären, welchen der Cammer-Director von Bülow II. gegen die Befugniß des Ausschusses zu einem solchen Antrage gemacht hatte, war der Aufschub nur als das scheinbar paßlichste Mittel der Beseitigung jenes Einwandes dargestellt, und glaubten wir eine mit der unsrigen harmonirende Ansicht dabei zum Grunde liegend annehmen zu dürfen. Jenem Einwande hat der Cammer-Director von Bülow II. durch die Schlußworte seiner vorerwähnten Betrachtung selbst die rechtlichen Folgen entzogen, im Uebrigen aber die Sache auf den Punkt gestellt, daß wir nicht länger Anstand nehmen dürfen, die Gründe, welche unser Urtheil über sein Verhalten als Staatsdiener bestimmt haben, Euer Hochfürstlichen Durchlaucht unterthänigst vorzulegen. Deren Werth oder Unwerth möge darüber entscheiden, ob der Vorwurf leidenschaftlicher Verblendung uns treffen könne, oder aber dafür gehalten werden müsse, daß wir, unsrer Pflicht eingedenk, nicht anders verfahren durften.

Der Cammer-Director von Bülow II. nimmt in seiner Vertheidigung an, daß ein Minister oder ein in dieser Eigenschaft fungirender Beamter, weil er kein

entscheidendes Votum in Landes-Angelegenheiten habe, nicht allein, wie sich das von selbst versteht, beim Entstehen einer Meinungsverschiedenheit über die Wahl mehrerer anscheinend zu demselben Zwecke führender, an sich erlaubter Mittel, seine Ansicht der des Landesherrn unterordnen müsse, sondern auch nach seinem Dienstverhältnisse zur Vollziehung der höchsten Befehle gehalten sei, welche er für ungeseglich erkennt. Nur da, wo eine Verantwortlichkeit der Minister ausdrücklich ausgesprochen ist, will er diesen ein Recht zugestehen, die Ausführung solcher Befehle zu verweigern, und in dem §. 32. der Landschafts-Ordnung, welcher die Gültigkeit der unmittelbar vom Fürsten vollzogenen Befehle an die Contrasignatur eines Ministers knüpft, eine Bestätigung dieser seiner Ansicht deshalb finden, weil der ausgesprochene Zweck »um den verfassungs- und ordnungsmäßigen Gang der Staats-Geschäfte und die Beamten wegen ihrer Verantwortlichkeit zu sichern« ersichtlich mache, daß derselben überall keine andere Natur und Absicht, als die einer Bescheinigung beigemessen, dem contrasignirenden Minister keine weitere Verpflichtung auferlegt sei, als die, für die Richtigkeit solcher Bescheinigung, nämlich der Uebereinstimmung des Inhalts der Schrift mit dem höchsten Willen, zu haften.

Fragt man, welchen Nutzen hiernach die Contrasignatur geschafft haben würde? so wüßten wir, zumal der Cammer-Director von Bülow II. bei den auf höchsten Special-Befehl vollzogenen Rescripten nicht einmal die vorgängige Berathung ihres Gegen-



standes im Staats=Ministerio für nöthig erachtet, keinen andern aussindig zu machen, als daß, seiner Behauptung gemäß, der Mangel einer Verantwortlichkeit der Staats=Diener für die Befolgung förmlich vollzogener Befehle deutlich ausgesprochen, und damit ein jedes Hinderniß der Ausführung des ungesetlichen höchsten Willens hinweggeräumt wäre. Hätte der Staatsbeamte, um ohne Furcht vor eigener Verantwortung alle Befehle zu vollziehen, nur den Namen des unterzeichnet habenden Ministers richtig in's Auge zu fassen, dieser nur danach zu fragen, ob der Befehl, so wie er ausgefertigt worden, auch dem Willen des Staats=Oberhauptes entspreche, so würde das Eigenthum des Staats und seiner Bürger, ja selbst die Ehre, die Freiheit und das Leben der Letztern bei uns in nicht geringerer Maaße, wie im türkischen Staate, der Laune des Fürsten Preis gegeben, und die Furcht der Minister vor Einbuße der öffentlichen Achtung, das einzige Schutzmittel sein, welches wir hinsichtlich der in einem civilisirten Staate gesteigerten Begriffe von wahrer Ehre, vor jenem voraus hätten. Da es nun aber leider nur zu wahr ist, daß dem Fürsten, welcher Rang und hohes Einkommen zum Lohne bietet, nie ein Minister fehlen wird, welcher diesem Lohne die öffentliche Achtung zum Opfer zu bringen sich entschließt \*); so

\*) Die zu Anfange des Jahrs 1827 zur Untersuchung des Dienstverfahrens des Geheime=Rathes von Schmidt ernannte Commission sprach sich in ihrem Berichte, die Landschaftsordnung betreffend, über die Contrasignatur dahin aus: »Mit Ausnahme des 32sten §. der Landschafts=Ordnung, nach welchem jedes Landes=

würde ein kräftigeres Abschreckungsmittel in der Verantwortlichkeit der Minister und sämmtlicher Staatsdiener aufzustellen um so mehr das größte Bedürfnis sein, da sonst ja der Aufstand, unter Umständen, wie sie die nächste Vergangenheit aufstellt, zum Voraus sanctionirt werden müßte, und selbst dieser, als Rettungsmittel für den Staat, leicht zu spät eintreten könnte, wie denn dieses bei größerer Mobilisirung des Staats-Vermögens namentlich im hiesigen Lande der Fall gewesen sein würde \*). Wir haben jenen Grundsatz, auf welchen die Vertheidigung des Cammer-Directors von Bülow II. durchgängig gestützt ist, einer sorgfältigen Prüfung unterworfen, und sind dabei zu dem Ergebnisse gelangt, daß das Staatswohl keinesweges in dem Maaße der Willkühr bloßgestellt sei, als danach angenommen werden müßte, glauben vielmehr in den Gesetzen, welche den Angriff auf die Staats-Verfassung im Allgemeinen mit harten Strafen bedrohen, auch für die Minister und übrigen Staats-

---

herrliche Rescript als erschlichen angesehen werden soll, wenn demselben die Contrasignatur des Ministers fehlt, welcher S. in gleicher Maaße Sr. Herzoglichen Durchlaucht mißfällig gewesen, als derselbe zwecklos erscheint, weil sich immer ein Geheime-Rath finden wird, welcher den Befehl des Herzogs contraignirt, finden wir nichts, was die Behauptung rechtfertigen könnte, daß im Verhältniß zu der alten landständischen Verfassung durch die neue Landschafts-Ordnung dem landesherrlichen Interesse zu nahe getreten sei. "

\*) Verkauft sind bis 7ten Sept. 1830, und zwar größtentheils in dem letzten Jahre, an Domainen- und Kloster-Gütern für die Summe von 472,653 Rthlr. 14 Ggr. 6 Pf., jedoch war davon etwa die Hälfte erst eingezahlt.



diener wirksamere Abschreckungsmittel gegen die Bollenziehung des ungesetlichen höchsten Willens zu erblicken, als die Furcht vor einer Einbuße der öffentlichen Achtung dar bieten würde, und in dieser Voraussetzung die Contrasignatur für bedeutungsvoller halten zu müssen, als wofür der Cammer-Director von Bülow II. sie ausgeben möchte.

Nach den gründlichen, in der neuern Zeit über die Natur des Staats-Dienstes angestellten Forschungen, ist derselbe als Inbegriff der Handlungen, welche zur Förderung des allgemeinen Staatswohls einem Individuum besonders übertragen werden müssen, für eine öffentliche Last zu halten, deren Uebernahme Seufert, »von dem Verhältnisse des Staats und seiner Diener, §. 2 — 4.« für absolut, von der Becke »von den Staats-Ämtern und Staats-Dienern, pag. 41« dagegen aber nur subsidiarisch für unweigerlich erklärt. Wenn nach dieser vormals allgemein anerkannten, und in den Reichsstädten noch jetzt in ihrer ganzen Strenge durchgeführten Ansicht, nicht angenommen werden kann, daß der Staats-Diener als solcher aufhöre, ein Staats-Bürger zu sein, so kann derselbe auch niemals in die Lage kommen, amtlich Handlungen vollführen zu müssen, welche seinen Verpflichtungen als Staats-Bürger zuwider sind; es wird vielmehr, weil der Staatsdienstvertrag diesen Verpflichtungen nur einen Zuwachs verleiht und zur Wahrnehmung des Gemeinwohls die Thätigkeit des Staats-Dieners in einem höhern Grade angesprochen wird, auch dessen Verantwortlichkeit für Vernachlässigungen, dessen Strafbarkeit für Verlehn-

gen des Staatswohls größer sein, als bei dem Bürger. Außerordentliche Bemühungen zur Förderung des Gemeinwohls und zur Abwendung der dasselbe bedrohenden Gefahren, welche diesem als verdienstliche Handlungen angerechnet werden, sind bei jenem eine Pflicht, deren Erfüllung er im Diensteide angelobt hat, und deren Vernachlässigung nicht ungeahndet bleiben darf.

Fragt man, ob der Staatsdienst-Vertrag, insofern er vom Staats-Oberhaupte modificirt wird, nicht ein anderes Verhältniß, und namentlich den unbedingten Gehorsam zur Befolgung aller und selbst der ungesetzlichen Befehle festsetzen könne? so bemerken wir mit einstweiliger Uebergangung des Falles, wo dieses ausdrücklich in der Dienst-Instruction bemerkt wird, daß, weil zur Theilnahme an unerlaubten, dem Zwecke des bürgerlichen Vereins zuwiderlaufenden Handlungen, überall kein Vertrag rechtsbeständig abgeschlossen werden kann, am wenigsten eine solche Tendenz durch künstliche Argumentationen dem Dienstvertrage untergelegt werden darf, der dem Landesherrn im Allgemeinen angelobte Gehorsam immer nur auf diejenigen Befehle bezogen werden könne, in welchen sich der gesetzliche Wille ausspricht.

Ueber den Umfang der allgemeinen Verpflichtungen, welche neben den besonderen, in der Instruction erwähnten Obliegenheiten aus der Natur des Staats-Amts der Staats-Diener überkommt und in seinem Diensteide zu erfüllen angelobt, drückt sich von der Seite im vorerwähnten Werke S. 119. folgendermaßen aus:

» Es ist Pflicht für den Staatsdiener, alles das-  
 »jenige zu thun, was zur Erreichung und Beför-  
 »derung des Zwecks seiner Anstellung nothwendig  
 »oder dienlich ist, dagegen alles dasjenige zu un-  
 »terlassen, wodurch dieser Zweck verfehlt, oder  
 »demselben gar zuwider gehandelt wird, und wo  
 »dieser einen Zweifel übrig läßt, dem obersten  
 »Staats-Zwecke gemäß zu handeln.«

Hinsichtlich der besonderen dem Dienstvertrage einver-  
 leibten Bestimmungen bemerkt derselbe ferner: »daß  
 der Beamte zwar denselben nachleben müsse, jedoch  
 nichts versprechen dürfe, was mit der Staatswohlfahrt  
 oder mit dem Zwecke des Amts in Widerspruch stehe.  
 Thue er dieses vorsätzlich, so trete er als ein des öf-  
 fentlichen Vertrauens unwürdiger Beamter in die Dienste  
 des Staats; habe er den Widerspruch nicht gleich er-  
 kannt, so gerathe er unwillkührlich in die Lage, den  
 Dienst verlassen zu müssen. Der Wille des Regenten  
 dürfe in Amtshandlungen nur unter jener Restriction  
 von ihm als Gesetz betrachtet werden.«

Nach diesen, einem in dieser Materie classischen  
 Schriftsteller entlehnten, die Ueberzeugung in so hohem  
 Maasse ansprechenden Bemerkungen, würde der Mini-  
 ster, welcher beim Antritte seiner Functionen die Be-  
 fehle des Fürsten ohne Rücksicht auf ihre Legalität voll-  
 ziehen zu wollen angelobt hätte, schon durch Leistung  
 dieses Versprechens sich zur Bekleidung eines öffentli-  
 chen Amtes unfähig gemacht haben, wenn auch die  
 Gelegenheit zur Erfüllung jenes Versprechens nicht ge-  
 boten sein sollte. Daß die Instruction eines Ministers

bei uns Bestimmungen enthielte, welche dahin gedeutet werden könnten, wird Niemand zu behaupten wagen; sie als beabsichtigt anzunehmen, würde aber deshalb unzulässig, ja sogar strafbar sein, weil bei dem Staatsoberhaupte niemals eine andere Absicht, als die, für Förderung des Gemeinwohls in den verfassungsmäßigen Formen zu streben, als bestehend gedacht werden darf, und folgt hieraus, daß die Verpflichtung zur Vollziehung der von jenem ausgehenden Befehle nur in jener Restriction als gefordert und geleistet auch bei uns angesehen werden dürfe.

Der besonders herausgehobene Umstand, daß ein Mitglied des Braunschweigischen Ministerii nur eine berathende Stimme hat, seine Ansicht der des Regenten unterordnen und die letztere vollziehen muß, schmälert in keiner Hinsicht die aus der Natur des Dienstvertrages abgeleiteten Folgerungen. Der Minister ist in dieser Hinsicht in keinem andern Verhältnisse, als das Mitglied eines Collegii, welches mit seiner Ansicht als Referent überstimmt, die der Mehrzahl in den Beschluß aufnehmen und ausführen muß, wenn gleich es die Seinige noch immer für die Bessere hält. Die Grenzen, innerhalb deren beide frei von Verantwortlichkeit sind, und bei deren Ueberschreitung die Aneignung und Ausführung einer fremden Ansicht zum Unrechte, ja den Umständen nach zum Verbrechen wird, sind dieselben für beide.

So wenig das Mitglied eines Collegii, welches einem, ohne sein Zuthun und wohl gar gegen seine Ansicht in diesem zur Reife gediehenen verbrecherischen



Complotte beiträte, dafür Entschuldigung in seinem Verhältnisse und namentlich in der Verpflichtung, sich den Meinungen der Mehrzahl anzuschließen, finden könnte, weil das Collegium beim Abweichen von seiner legalen Bestimmung nicht mehr amtlich handelt: eben so wenig wird auch der Minister seine Straflosigkeit für ungesetzliche Verfügungen aus seinem Verhältnisse zum Fürsten und aus der Pflicht, sich dessen Ansichten zu conformiren, ableiten können; denn wenn dieser, seine erhabene Bestimmung verleugnend, Ungesetzliches will, so spricht er nicht den gemeinsamen Willen aus, und handelt nicht als Oberhaupt des Staats.

Wenn nun hiernach es keiner besonderen Gesetzbestimmungen bedarf, um den Minister für die amtliche Theilnahme an Verletzungen des öffentlichen Wohles verantwortlich zu machen \*), vielmehr angenommen

---

\*) Der Staatsrath Klüber spricht seine damit harmonirende Ansicht, daß die Verantwortlichkeit der Minister einzig an die beiden Voraussetzungen, der in den Grundgesetzen erfordernten Contrasignatur landesherrlicher Befehle, und der den Ständen gestatteten Anklage von Staatsdienern sich knüpfe, in seinem trefflichen Werke, „Uebersicht der diplomatischen Verhandlungen des Wiener Congresses“ bei den Erläuterungen des §. 13. der Bundesacte, Abtheilung 2. pag. 214. in folgenden Worten aus:

„Wie wenig aber auch die Stelle (in allen Bundesstaaten wird eine landständische Verfassung stattfinden) selbst sagt, so ist doch in der vorausgegangenen Vorbereitung und Berathschlagung, von dem allergrößten Theile der Bundesgenossen, man kann sagen, von fast allen, ein so kräftiger Samen ausgestreut worden, daß heilsame Früchte nicht ausbleiben können. Preussen, Hannover, Baden, und die ganze ehrwürdige Schar der vereinigten Fürsten und freien Städte, so wie größtentheils auch Oesterreich, haben laut und mit klaren Worten ihre feste Uezeugung dahin ausgesprochen:

werden muß, daß die Gesetze, welche eine Herabwürdigung der bestehenden Verfassung und einen Angriff auf die innere Ordnung mit harten Strafen bedrohen, ihre volle Anwendbarkeit auf die Amtshandlungen leiden, welchen dieser Charakter beigelegt werden muß: so fragt es sich nur noch, ob die Handlungen, deren die stimmführenden Mitglieder des aufgelöseten Staats-Ministerii, insonderheit der Cammer-Director von Bü-

» in allen Bundesstaaten muß eine landständische Verfassung  
 » sein; das Minimum der Rechte der landständischen Corpo-  
 » ration muß bestehen: in Mitwirkung bei der Gesetzgebung;  
 » in der Nothwendigkeit ihrer Einwilligung zu Festsetzung öf-  
 » fentlicher Abgaben, verbunden mit der hiervon untrennba-  
 » ren Mitaufsicht auf deren Verwendung, wenigstens Kennt-  
 » niß der geschehenen oder bevorstehenden Verwendung; in dem  
 » Rechte der Beschwerdeführung über Mißbräuche oder Män-  
 » gel in der Landesverwaltung, insbesondere in dem Rechte,  
 » die gesetzmäßige Bestrafung schuldiger Staatsdiener zu fordern.«

» So bestimmt und zugleich so heilsam, wie hier, war noch nie  
 » von teutschen Regenten die Verantwortlichkeit der Minister  
 » ausgesprochen; einer Satzung, deren Trefflichkeit die Geschichte  
 » Großbritanniens so vielfach und so auffallend bewährt. Die  
 » obersten, die Staatsgeschäfte unmittelbar unter dem Regenten  
 » leitenden Staatsbeamten sollten nicht nur dem Regenten, son-  
 » dern auch den Landständen gesetzmäßig verantwortlich sein für  
 » Zweckmäßigkeit und Uebereinstimmung der Regentenhandlungen,  
 » sowohl Beziehungs- als Unterlassungshandlungen, mit der Ver-  
 » fassung und den Gesetzen des Staats.«

» So können, so müssen jene obersten Staatsdiener verantwort-  
 » lich sein, wenn die Staatsgrundverfassung die Gültigkeit der  
 » Regentenhandlungen abhängig macht von der Unterschrift be-  
 » stimmter Staatsdiener, und diesen pflichtwidrige Unterlassungs-  
 » handlungen zurechnet, selbst fremde alsdann, wenn es in ihrer  
 » Macht stand, solche zu verhüten, oder sie sich deshalb durch  
 » angemessene Vorstellung und Anzeige gegen eigene Verantwort-  
 » lichkeit nicht sicher stellten.«



low II. angeschuldigt worden, an sich der Art sind, um sie den Strafgesetzen als verfallen, und zur fernern Bekleidung eines öffentlichen Amtes für unwürdig zu erachten.

Wir wollen in dieser Hinsicht die gegen Letztern erhobene Anklage speciell beleuchten, und was er zu seiner Bertheidigung, außer dem Borerwähnten, noch angeführt hat, dabei in Erwägung ziehen.

Derselbe wird beschuldigt, in seinen verschiedenen Eigenschaften, als provisorischer Chef des Herzoglichen Staats-Ministerii, als Director des Cammer-Collegii und als ständischer Steuer-Rath:

- a. Verordnungen und specielle Verfügungen vollzogen zu haben, durch welche die Grundgesetze des Staats angegriffen sind, auf Vernichtung der Staatszwecke und Aufhebung der gesetzlichen Ordnung hingewirkt ist, und eine gewaltsame Verletzung der Rechte der Landschaft Statt gefunden hat; dabei
- b. seinem Diensteide im Allgemeinen zuwider gehandelt, und die besonderen Verpflichtungen verletzt zu haben, welche in Hinsicht auf die Conservation des Staats-Vermögens von ihm beschworen sind;
- c. feierliche, den Ständen gemachte Zusagen und den auf die Landschafts-Ordnung geleisteten Eid gebrochen, und endlich
- d. wichtige Landesangelegenheiten durch leichtsinnige Behandlung in eine dem Gemeinwohle höchst nachtheilige Lage gebracht zu haben.

Der erste Punkt der Anklage stützt sich namentlich auf die Vollziehung

1. der Verordnungen vom 28. Januar und 20. März 1830, durch welche, im Widerspruche mit den Landes-Recessen und ohne Zustimmung der Stände, das Finanz-Collegium eingerichtet, ein Oberhofgericht und General-Kriegsgericht eingesetzt ward;
2. des Rescripts des Staats-Ministerii (Anlage A.) vom 17. Juni 1828, durch welches der Oberjägermeister von Sierstorpff und dessen Gemahlinn des Landes verwiesen werden;
3. desselben Rescripts vom 22. September 1829. an das Districtsgericht Braunschweig (Anlage B.), welches jene Landesverweisung, als von landesfürstlicher Machtvollkommenheit ausgehend und unter Berücksichtigung der landespolizeilichen Grundsätze erlassen, erklärt;
4. dessen Rescripts vom 8. Januar 1830, an den Hofrath Fricke, das Commissorium zur Cassation des landesgerichtlichen Erkenntnisses in jener Angelegenheit enthaltend;
5. dessen Rescripts vom 10. desselben Monats an das Districtsgericht Braunschweig (Anlage C.), welches diesem Collegium die Publication der Erkenntnisse in solchen, die Landesherrschaft betreffenden Angelegenheiten, ohne vorherige Anzeige beim Staats-Ministerium, als pflichtwidrig verweist, und bei strenger Ahndung künftig untersagt;
6. dessen Rescripts vom 22. ejusdem an Herzog-

liches Landesgericht (Anlage D.), bestimmend, daß die Landesregierung Criminalstrafen, auf den Grund der mit der Souveranität verknüpften Polizei-Hoheitsrechte, und zwar unabhängig von der gerichtlichen Einwirkung, zu verfügen als berechtigt angesehen werden solle;

7. dessen Circular-Rescripts v. 14. Novemb. 1829 (Anlage E.), welches den sämtlichen Staatsdienern, bei Strafe der Entlassung, eine jede Communication mit dem Cammerherrn von Gramm untersagt;

8. dessen Rescripts vom 20. Novemb. ej. a. (Anlage F.), mittelst dessen den ständischen Ausschüssen eine Eingabe uneröffnet zurückgegeben, und dabei erklärt wird, daß das Staats-Ministerium nicht eher wieder schriftliche Anträge von denselben entgegen nehmen werde, bis von ihnen die Landschaftsordnung aufgegeben sei;

9. dessen Rescripts vom 15. December ej. a. an die Aebte, Prälaten und die in öffentlichen Diensten stehenden Mitglieder der Landschaft (Anlage G.), das Verbot einer Communication mit den ständischen Corporationen enthaltend;

10. dessen Rescripts an die Herzogliche Cammer vom 23. November 1829 (Anlage H.), die Bekanntmachung des Formulars der Schuldscheine verfügend, durch welche eine erloschene Cammerschuld zu Gunsten der Herzoglichen Privat-Casse wieder ins Leben gerufen werden sollte;

11. Desselben Rescripte von verschiedenen Daten an die Herzogliche Domainen-Direction, den Befehl

enthaltend, daß die vom Canzlei-Director Bitter unter der Hand verkauften Domanialstücke den Käufern verlassen werden sollten.

Eine jede einzelne dieser Verfügungen, deren Zahl noch sehr vermehrt werden könnte, enthält Eingriffe in die gesetzliche Ordnung und Verletzungen der bestehenden Verfassung, welche ihrem Wesen nach als Landesverrath bezeichnet werden müssen, und die vollziehenden Mitglieder des Herzoglichen Staats-Ministerii, bei völliger Unzulänglichkeit des Entschuldigungsgrundes: »nur auf ausdrückliches höchstes Verlangen dazu sich verstanden zu haben«, den bestehenden allgemeinen Strafgesetzen verfallen erscheinen lassen.

Anlangend den zweiten Punkt der Anklage, geleisteten Eiden zuwider, die Schmälerungen des Staatsvermögens nicht gehindert, sondern vielmehr amtlich befördert zu haben: so scheint uns der Vorwurf durch das in der Vertheidigung darauf Bemerkte, keinesweges entkräftet zu sein.

Es ähnelt fast einer Verspottung des dem verewigten Herzoge Carl Wilhelm Ferdinand zum höchsten Ruhme angerechneten Edicts vom 1. Mai 1794, wenn daselbst behauptet wird, daß Verpfändungen der Domanialstücke, nicht aber die Veräußerungen von solchen zu verhüten, den obersten Verwaltungsbeamten zur unerläßlichen Pflicht gemacht sei. Schon der angegebene Zweck des Edicts würde eine solche Deutung völlig widerlegen, wenn auch nicht in den §. §. 13. und 14. desselben die durch Landes-Recessse seit Jahrhunderten begründete Unveräußerlichkeit der Do-



manialstücke ausdrücklich wiederholt, und wie in den wenigen Ausnahmefällen über die Kaufgelder disponirt werden solle, bestimmt wäre. Der im §. 8. des vorerwähnten Edicts vorgeschriebene, vom Cammer-Director von Bülow II. geleistete Eid, verpflichtet auch die daselbst bezeichneten Beamten nicht allein zur Beobachtung einer einzelnen Form, sondern im Allgemeinen dahin: den Vorschriften des Vertrages mit der Landschaft, auf welchen das Edict sich stützt, nachleben und ernstlich sich bemühen zu wollen, »daß wider die höchste Absicht und Willensmeinung und den eigentlichen Sinn desselben nichts vorgenommen werde.«

Wie wenig diese ausgedehnte Beziehung des vorerwähnten Eides namentlich für Mitglieder des Staatsministeriums in Zweifel gezogen ist, ergiebt sich auch aus dem §. 25. der Landschaftsordnung, welcher die oberste Verwaltungsbehörde der Staats-, Cammer-, Stifts- und Kloster-Güter dafür verantwortlich macht, daß ohne Zustimmung der Stände auf den Credit des Landes keine Anlehne contrahirt, keine Verpfändungen oder Veräußerungen solcher Güter vorgenommen werden. Dieses Gesetz befolgen zu wollen, hat der Cammer-Director von Bülow II. gleichfalls beschworen, und kann es daher nicht anders als eine wissenschaftliche Verletzung der in mehreren Verhältnissen von ihm eidlich übernommenen Verpflichtungen angesehen werden, wenn derselbe auf Veranlassung des Canzlei-Directors Bitter die Rescripte zum Verlasse der von Letzterem veräußerten Domainal- und Stiftsgüter, an die Domainen-Direction ausfertigte, auch sogar da-

durch nicht zur Versagung seiner Mitwirkung sich bewogen fand, daß die Kaufgelder, wie allgemein bekannt war, vom Canzlei-Director Bitter erhoben, der öffentlichen Verwaltung entzogen und im Staatspapierhandel auf's Spiel gesetzt wurden.

Selbst in der beschränkten Deutung, welche er dem Eide auf die Beachtung des Edicts vom 1. Mai 1794 anzueignen versucht, hat er denselben durch das Rescript an die Herzogliche Cammer vom 23. November 1829 (Anlage H.) verletzt. Das Formular, welches diesem Rescripte gemäß in Nro. 10. der Verordnungs-Sammlung von 1829 bekannt gemacht ward, bezeichnete die Obligation vom 30. September 1769 über 100,000 Rthlr. als diejenige, über welche die neuen Schuldscheine ausgegeben werden sollten. Daß dieses Capital keine Privatforderung des Herzogs an die Cammer ausmachte \*), konnte wohl einem Mit-

\*) Dasselbe gehörte, als Forderung an die Krone Rußland, zum Vermögen der Gemahlinn Herzogs Ernst Ferdinand von Braunschweig-Bevern († 1746), Eleonore Charlotte († 1748), Tochter Herzogs Casimir von Kurland, wurde jedoch erst nach dem Tode dieses Fürstenpaares an dessen Söhne ausgezahlt, von diesen zu einem Familien-Fideicommiß für sich und ihre Nachkommen gemacht, und unterm 30. September 1769 bei Herzoglicher Cammer in dieser Eigenschaft belegt. Herzog Friedrich Carl Ferdinand von Braunschweig-Bevern († 1809) war, nach dem im Jahre 1781 ohne Leibeserben erfolgten Tode des letzten seiner Brüder, der einzige Fideicommiß-Erbe, und vermählte sich 1782 mit Anna Caroline († 1824), geborene Prinzessin von Nassau-Saarbrück, Wittwe des Fürsten Friedrich Heinrich Wilhelm von Holstein. In deren Ehepacten ward für den eingetretenen Fall, daß keine Leibeserben aus dieser Ehe erfolgen würden, bestimmt, daß jenes Capital als Fideicommiß dem jedesmaligen Regenten aus dem Hause Braun-



gliede des Staatsministerii nicht unbekannt sein, denn es war noch kurz zuvor, und zwar bei dem im Jahre 1824 erfolgten Ableben der Wittve und Erbin des Herzogs Friedrich Carl Ferdinand von Braunschweig-Bevern, dessen Qualität erörtert, die Befugniß, darüber zu verfügen, auf den Grund der Disposition des Letztern vom 25. October 1782, gegen die Allodial-Erben seiner Wittve bestritten, und dessen Vereinigung mit dem, zur Sustentation des jedesmaligen Regenten des Herzogthums Braunschweig bestimmten Fideicommißvermögen durchgesetzt.

Das Umschreiben der längst erloschenen Obligation war also dem Wesen nach nichts Anderes, als die Bildung einer neuen Cammerschuld zum Vortheile der Herzoglichen Privat-Casse. Nicht genug, daß der Cammer-Director von Bülow II., welcher mit jenen Verhältnissen bekannt sein mußte, diese Belastung des Cammergutes im ungesetzlichen Wege beförderte: er schwieg auch dazu, als die Verbriefungen mit nachgebildeter Namensunterschrift erschienen \*), und ließ es geschehen, daß der Canzlei-Director Bitter eine

schweig zufallen solle. Uebrigens hat die Einzahlung desselben an die Cammer-Casse bis jezt nicht ermittelt werden können, und muß, bei Fruchtlosigkeit fernerer desfalliger Nachforschungen, angenommen werden, daß das Capital, bei der im Jahre 1769 zum höchsten Punkte gestiegenen Geldnoth des damaligen Regenten, in dessen Nutzen verwendet, und der Cammer als Schuld gegen die Bevernsche Linie aufgebürdet sei.

\*) Die Mitglieder der Cammer, welchen in der Behausung des Cammer-Directors von Bülow II. von diesem und dem Geh.-Ober-Staatsrathe von Münchhausen ein Formular jener Obligationen,

beliebige Anzahl derselben mit den Siegeln des Ministerii und der Herzoglichen Cammer versah, die Summen, über welche sie lauten sollten, selbst, und ohne

um ihr vidi darunter zu bemerken, vorgelegt war, erstatteten über diesen Vorgang nachstehenden Bericht an das Collegium:

An Herzoglich Braunschweig-Lüneburgisches Cammer-Collegium hieselbst, die Allerhöchstden Orts beabsichtigte Ausfertigung neuer Cammerschuldscheine betreffend.

#### Gehorsamstes Pro Memoria.

Dem Herzoglichen Cammer-Collegio sehen wir uns veranlaßt, die Mittheilung zu machen, daß uns auf Allerhöchsten Befehl heute ein lithographirtes Formular zu neuen, auf den Inhaber lautenden Cammerschuldscheinen, welche Se. Hochfürstliche Durchlaucht gegen die zu Allerhöchstdero Privatvermögen gehörigen Cammer-Obligationen einzutauschen beabsichtigen, zur Ansicht und Unterschrift vorgelegt worden ist.

Die Probe-Obligation ist Namens des Herzoglichen Cammer-Collegii ausgestellt, und unsere Namenszüge sind in Steindruck darunter abgedruckt; auch ist eine Bestätigungs-Clausel des Herzoglichen Staatsministerii, ebenfalls mit lithographirten Unterschriften, hinzugefügt, sodann wegen des Herzoglichen Landesgerichts die Unterschrift des Hofraths von Praun, und endlich wegen der Herzoglichen Cammer-Casse die Unterschrift des Cammeraths Mahner jun. angehängt.

Da uns zugleich bekannt gemacht worden ist, daß die von uns verlangte eigenhändige Unterschrift des Formulars nicht als eine vom Collegio ausgehende Genehmigung desselben betrachtet werden könne und solle, daß vielmehr wegen Ausstellung und Umtauschung der Obligationen dem Collegio demnächst weitere Anweisung zugehen würde, so haben wir kein Bedenken tragen können, den Umstand, daß wir das Formular gesehen haben, durch unsere unter die lithographirten Namenszüge gesetzten Unterschriften in Gewissheit zu setzen.

Damit jedoch dieser Vorgang zu keinem Zweifel jemals Veranlassung geben könne, haben wir in Gemäßheit der von dem Herrn Geh. Ober-Staatsrathe von Münchhausen uns ertheilten

daß solche amtlich weiter bekannt wurden, eintrug und sie an Privaten zu oeräußern sich bemühet.

Daß, so lange Abnehmer sich gefunden hätten, mit der Vervielfältigung dieser Obligationen fortgefah-  
ren sein würde, ist wohl nicht zu bezweifeln, und ver-  
dankt man es nur dem so sehr gesunkenen Vertrauen,  
daß die nachtheiligen Folgen nicht größer waren.  
Schlimm stände es um den Staat, wenn viele seiner  
Diener dem Cammer-Director von Bülow II. in  
der Behauptung beiträten, er habe seinem Eide gemäß  
durch sein erwähntes Verhalten dafür gesorgt, daß die  
höchste Absicht beim Erlasse des Edicts vom 1. Mai  
1794 befolgt, dem eigentlichen Sinne desselben nicht  
zuwider gehandelt werde.

Dem dritten Anklagepunkte, sein Verfahren gegen  
die Landschaft betreffend, ist der Cammer-Director  
von Bülow II. hauptsächlich mit dem über das  
Verhältniß eines Ministers zum Fürsten aufgestellten  
Principe begegnet, und hat derselbe auf die vorausge-  
setzte allgemeine Anerkennung jenes Grundsatzes sogar  
die Behauptung zu stützen sich erdreistet, daß die Mit-  
glieder der zweiten Section ihn, als einen mit dem  
hohen Posten eines Cammer-Directors bekleideten  
Staatsdiener, zu ihrem Präsidenten und zum Mitgliede  
des engern Ausschusses erwählend, kein anderes Ver-

---

Autorisation, nicht versehen wollen, dem Herzoglichen Cammer-  
Collegio davon die gegenwärtige Anzeige zu übergeben.

Brannschweig, den 26. August 1829.

gehorsamst

v. B. v. H. S.

halten zu erwarten berechtigt gewesen wären. Die Mitglieder der zweiten Section, welchen hier zum Danke dafür, daß sie den Bewerbungen des Cammer-Directors von Bülow II. Gehör gaben, der Vorwurf einer schlechten Wahl von ihm selbst gemacht wird, werden sich wenigstens damit trösten dürfen, daß nur von der Trüglichkeit der legalsten Voraussetzungen ausgehend, sie eine solche Wahl für gefährlich hätten halten können.

Wenn nämlich der Cammer-Director von Bülow II. schon im Jahre 1819, wo er zum Probste ernannt wurde, jenes Amt eines Cammer-Directors bekleidete, nichts desto weniger aber die Landesregierung ihn und die sämmtlichen übrigen in ähnlichen Dienstverhältnissen stehenden Prälaten und Rittergutsbesitzer, gemäß dem §. 44. der Landschaftsordnung, auf gewissenhafte Erfüllung der vermöge der letztern ihnen obliegenden Pflichten beeidigte: so würde man, um dem im Staatsdienste befindlichen Mitglieder der Landschaft mit Grunde sein volles Vertrauen zu versagen, erst der Regierung dieses entziehen, und annehmen müssen, daß sie mit der Eidesabnahme ein leeres Spiel zu treiben im Stande sei. Letztere, und nicht die Wähler trifft daher der Vorwurf des Cammer-Directors von Bülow II.; diese würden in der gerechten, sie ehrenden Zuversicht gefehlt haben, daß die Landes-Regierung nicht selbst eine Collision eidlicher Verpflichtungen herbeizuführen, nicht zum Voraus den Eidbruch zu sanctioniren und damit eine so wesentliche Stütze des Staatsgebäudes zu untergraben beabsichtigen könne.



Nach unserer in der Einleitung entwickelten Ansicht über den Umfang der Verpflichtungen eines Staatsdieners, liegt die Beachtung der Landes-Grundgesetze schon in dem Diensteide eines solchen, und überkommt derselbe als Landstand keine damit collidirende Verbindlichkeiten. Nur in dem Verhältnisse des engeren Ausschusses zum Herzoglichen Staats-Ministerium liegen wahre Hindernisse der Vereinigung des Postens eines Ministers mit dem eines landschaftlichen Steuer-Raths. Der einzige Umstand, daß beide Collegien in die Lage kommen können, mit einander zu unterhandeln und Verträge in Landesangelegenheiten abzuschließen, macht dieses ersichtlich, und gab die im Jahre 1802 viel debattirte Frage: ob ein Minister zum Schatzrath erwählt werden könne? die hauptsächlichste Veranlassung zu der Bestimmung des §. 34. der Landschaftsordnung, nach welcher ein Mitglied des engeren Ausschusses, wenn es nach seiner Wahl einen herrschaftlichen Dienst annimmt, oder den bereits bekleideten mit einem Andern vertauscht, stillschweigend auf jenen Posten damit verzichtet. Wenn nun der Cammer-Director von Bülow II. im Jahre 1826, als Vorstand des Herzoglichen Staats-Ministerii eintretend, das einstweilige Beibehalten des landständischen Steuer-Rathspostens mit dem Vorgeben, daß jene Anstellung nur eine provisorische sei, zu rechtfertigen suchte: so war es wohl eine kaum verantwortliche und nur in den damaligen Verhältnissen Entschuldigung findende Nachsicht, daß man eine so lange Zeit hindurch sich dadurch beschwichtigen ließ. Denn wenn nach dem



vorermähnten §. 34. die, sieben Monate vor der Zeit der regelmäßigen Ständeverammlung eingetretene, Vacanz eines landschaftlichen Steuerrathspostens durch sofort eingeleitete neue Wahl ergänzt werden mußte, so durfte streng genommen auch wohl über diesen Zeitraum hinaus nicht eine Vacanz durch provisorische Annahme eines damit unverträglichen Amtes geduldet werden. Daß nach Verlauf von beinahe 3 Jahren die Mitstände des Cammer-Directors von Bülow II. auf die Erklärung dringen mußten, ob derselbe ferner provisorisches Mitglied des Ministerii, oder landschaftlicher Steuerrath sein wolle, schien demselben nach dem Inhalte des Protocolls vom 20. Mai 1829, und seiner darin erwähnten Eingabe (Anlage J.) selbst einleuchtend. Er bestimmte sich für den Austritt aus Herzoglichem Staats-Ministerio, erbat sich dazu eine Frist bis zum 1. Juli 1829, und suchte die eventuelle Wahl eines Nachfolgers durch die Vorstellung abzuwenden, daß dadurch ein kränkender Zweifel in die Erfüllung seines gegebenen Wortes ausgesprochen werden würde.

Wenige Wochen später war dieses Versprechen so gänzlich seinem Gedächtnisse entschwunden, daß er in seinem, unterm 18. Juni an die ständischen Ausschüsse eingereichten Pro Memoria sich hinter die Worte der Adresse an des Herzogs Durchlaucht vom 21. Mai versteckte, in welcher jenes Versprechens beiläufig erwähnt, dasselbe jedoch in das Gewand eingekleidet war,

welches der Anstand in dem Verhältnisse zum Landesherrn vorschrieb \*).

Ein Mißverständniß konnte dabei nicht obwalten, denn in der Eingabe an den Durchlachtigsten Herzog Carl vom 24. Mai 1829 \*\*) hatte der Cammer-Director von Bülow II. sein Verhältniß zur Landschaft sehr richtig mit folgenden Worten entwickelt:

»In der Zusammenkunft des größeren Ausschusses, so wie darauf in der Versammlung der Stände selbst, verdanke ich nur dem günstigen Urtheile über mein öffentliches Leben und die Besorgung meiner verschiedenen Amtsobliegenheiten, daß man wegen meiner verlängerten Theilnahme an den Ministerialgeschäften nicht sofort meine landschaftliche Stelle für verwirkt erklärte. Allein indem die Stände meinem Wunsche, mich ferner in ihrem Ausschusse zu behalten, auf eine mir schmeichelhafte Weise nachgaben, stellten sie die Forderung als unerläßliche Bedingung auf, daß ich mich bestimmen möchte, entweder aus dem

---

\*) Zugleich zeigen Ew. Hochfürstlichen Durchlaucht wir allerunterthänigst an, daß — die Wahl eines Mitgliedes zum engern Ausschusse für den Cammer-Director von Bülow II. in der Hinsicht unterblieben ist, weil dieser die Fortsetzung der Ministerialgeschäfte, mit welchen derselbe von Ew. Hochfürstlichen Durchlaucht, neben seinen bisherigen Functionen, beauftragt worden, als mit dem Posten eines Steuerraths und Mitgliedes des engern Ausschusses unverträglich, bis zum 1. Juli unterthänigst ablehnen zu wollen, erklärt hat.

\*\*) Anlage Nro. 2. vollständig abgedruckt.

» Herzoglichen Staats=Ministerium zurückzutreten, oder aber zu gewärtigen, daß binnen einer  
 » gesetzten Frist mein landschaftlicher Posten als  
 » erledigt werde angesehen werden. Es ward  
 » diese Frist mir zugestanden aus ehrfurchts=  
 » voller Rücksicht gegen Eure Herzogliche Durch=  
 » laucht, damit zur Ersetzung der durch meinen  
 » Austritt im Herzoglichen Staats=Ministerio erledigten Stelle die gehörige Zeit offen ver=  
 » bleibe.«

Wie mochte derselbe, den Posten eines landständischen Steuerraths, mindestens in Hinsicht auf die Gehaltsbeziehung fernerhin festhaltend, nach jener Darlegung der Umstände, selbst bei dem Durchlauchtigsten Herzoge noch auf Vertrauen und Achtung rechnen? Schon hatte dieser Fürst in der Antwort auf dessen Entlassungsgesuch seinen Tadel darüber ausgedrückt, daß der Cammer=Director von Bülow II. nicht gleich anfänglich bei seiner Berufung zum Ministerio protestirt habe. Die vom Letztern vorgeschützte Unmöglichkeit, sein Versprechen zu erfüllen \*), konnte danach auch Jenem nur als leerer Scheingrund sich dar-

\*) Die in der Schrift »mein Verhältniß zur Landschaft« pag. 24. von der angenommenen moralischen Unmöglichkeit, den Austritt aus Herzoglichem Staats=Ministerium zu erwirken, auf den Mangel einer Verbindlichkeit zum Aufgeben des Steuerrathspostens so unlogisch als rechtswidrig (L. 16. D. de V. O.) gemachte Folgerung, ist nicht etwa die Frucht einer momentanen Verirrung, sondern schon in der Erwiderung auf den Erlaß der ständischen Ausschüsse vom 1. Juli 1829 (Anlage L. b. und L. c.) aufgestellt.

stellen; denn es bedarf keiner juristischen Kenntnisse, um einzusehen, daß da, wo Jemand zwischen zwei Maßregeln zu wählen verpflichtet ist, die Unmöglichkeit der Ergreifung der Einen, nur die Nothwendigkeit zur Befolgung der Andern nach sich ziehe, nicht aber die eingegangene Verpflichtung gänzlich hebe. Es war sehr natürlich, daß nach diesem Vorgange die Zumuthungen des Durchlauchtigsten Herzogs Carl an den Cammer-Director von Bülow II. gesteigert wurden, und erreichten dieselben auch schon wenige Monden später den Grad, welcher in Beziehung auf das Verhältniß eines Mitgliedes des engern Ausschusses wohl als der höchste betrachtet werden muß. Die lebhafteste Phantasie wird den Fall einer Beiseitesetzung aller Rücksichten sich nicht greller ausmalen können, als wir ihn vor uns haben. Der Cammer-Director von Bülow II., ein Mitglied des zur Wahrnehmung der Rechte gesammter Landschaft für die Zeit ihrer Nichtversammlung berufenen engern Ausschusses, verrichtet in der Eigenschaft eines einstweiligen Mitgliedes des Ministerii Handlungen, welche der beschworenen Verfassung schnurstracks entgegen sind, und geht endlich so weit, mittelst eines auf Höchsten Specialbefehl vollzogenen Ministerial-Rescripts, seinen Collegen eine schriftliche Eingabe uneröffnet zurückzuschicken, und denselben dabei zu eröffnen, daß, bis sie das Grundgesetz aufgegeben haben würden, welches zu befolgen er mit ihnen eidlich gelobt hatte, dessen Bestehen nothwendige Voraussetzung ihrer Amtsthätigkeit war, und zu dessen Vertheidigung auf rechtlichem Wege



er mit jenen von gesammter Landschaft noch kurz zuvor den förmlichen Auftrag \*) erhalten und ange-

\*) Der Auftrag, die Rechtsbeständigkeit der Landschaftsordnung beim Deutschen Bunde zu verfechten, ward in der Versammlung gesammter Landschaft vom 21. Mai 1829 den Mitgliedern der Ausschüsse ertheilt, und wie solches geschehen sei, in dem selbigen Tages an Se. Durchlaucht erstatteten Berichte mit folgenden Worten angezeigt:

»Es bleibt diesemnach kein anderer Ausweg, als der, daß die Frage: ob die Rechtsbeständigkeit der Landschaftsordnung anzunehmen sei oder nicht? auch unserer Seits zur Entscheidung der hohen Bundesversammlung gestellt werde, und haben wir die dazu erforderlichen Schritte zu thun den Mitgliedern der Ausschüsse zur unerläßlichen Pflicht gemacht.«

Wie wenig der Cammer-Director von Bülow II. auch in Fällen, wo er frei handeln konnte, dieser Pflicht eingedenk war, beweist folgender Vorgang. Der Einbecker, zwischen den Königl. Hannoverschen, Churf. Hessischen, Großherzogl. Oldenburgischen und Herzogl. Braunschweigischen Regierungen unterm 27. März 1830 eingegangene Vertrag bedurfte, als Einigung über einen gemeinschaftlichen Accisetarif, und wegen mehrerer in dieser Hinsicht getroffener Bestimmungen, zu seiner Rechtsbeständigkeit einer Zustimmung der Stände, und war nicht zu erwarten, daß die mitcontrahirenden Staaten ohne diese zur Ausführung desselben schreiten würden. Unaufgefordert half der Cammer-Director von Bülow dem Ministerium aus der Verlegenheit, in welche dasselbe sich hiedurch versetzt sah. Während, mit in seinem Namen, das Bestehen einer anerkannten Wirksamkeit der Landschaft, als einziges, zuletzt auch geltend gemachtes Mittel zur Erlangung eines günstigen Bundesbeschlusses nachgewiesen wurde, behauptete derselbe in einem, aus eigenem Antriebe am 21. Juni 1830 abgefaßten, zu den Ministerialacten eingereichten Gutachten, ein Schlummern der ständischen Rechte, und suchte daraus abzuleiten, daß es der Zustimmung der Landschaft zur Ausführung jenes Vertrages nicht bedürfe. Folgendes sind die eigenen Worte jenes Gutachtens:

»Während der bestehenden Spannung zwischen Landesfürsten und Landständen, und so lange eine Mittheilung an die Letzteren



nommen hatte, das Staats-Ministerium schriftliche Anträge von denselben nicht entgegen nehmen werde; derselbe schreitet ferner, nachdem diese Verfügung ihren Zweck verfehlt hat, zu wirksameren Mitteln, um die Verfassung gewaltsam zu unterdrücken: er unterzeichnet die Achtung seines, in gewissenhafter Befolgung besonderer Aufträge unerschütterlichen Collegen von Gramm, durch den an alle Staatsdiener und selbst an die zugleich bei medicinischen Anstalten angestellten Aerzte gerichteten Befehl, bei Strafe der Absetzung, sich aller Communication mit Jenem zu enthalten \*), imgleichen das an die Pröbste und die im Staatsdienste stehenden Rittergutsbesitzer erlassene Verbot der Theil-

---

» und jede Unterhandlung mit denselben dem Herzoglichen Staats-  
 » Ministerium untersagt bleibt, treten diejenigen Verhältnisse wie-  
 » der ein, welche seit der Restauration bis zur Wiederherstellung ei-  
 » ner ständischen Verfassung bestanden haben. Die Landschaft ward  
 » als inactiv, die ständischen Rechte als schlafend betrachtet, ohne  
 » sie übrigens für nicht bestehend anzunehmen; und weil der Gang  
 » der Staatsverwaltung darum nicht stocken durfte, handelte  
 » die Regierung mit Berücksichtigung der Landesgerechtsame (?), für  
 » sich allein und gleichsam als negotiorum gestor da, wo es ver-  
 » fassungsmäßig einer ständischen Mitwirkung bedurft hätte. Was  
 » in dieser Zeit so geschehen war: konnte darum nicht für nichtig  
 » erachtet werden, und ward, eben indem es keinem Tadel unter-  
 » worfen wurde, stillschweigend genehmigt. «

Die hier aufgestellte Ansicht konnte in der Hinsicht nur höchst willkommen sein, weil sie auf alle zu ihrer Gültigkeit der ständischen Zustimmung bedürftigen Maßregeln, als Domainenveräußerungen, Verschuldungen des Cammergutes 2c. in gleichem Maße anzuwenden stand.

\*) Der Medicinalrath Scheller ward durch ein Ministerialrescript darüber zur Verantwortung aufgefordert, daß dem Vernehmen nach er das Verbot übertreten habe.

nahme an ständischen Berathungen \*). — Um hierin keine Verletzung des Eides auf gewissenhafte Erfüllung der Pflichten zu finden, welche die Landschaftsordnung den Ständen, und namentlich einem Mitgliede des engern Ausschusses derselben vorschreibt, müßte man noch viel weiter gehen, als der Cammer-Director von Bülow II. in seiner Verantwortung gegangen ist, und sogar annehmen, daß entweder dem Fürsten die Kraft der Entbindung von feierlich geleisteten Eiden beizuhelfen, und diese, bei Ertheilung eines den beschworenen Pflichten widersprechenden Befehls, stillschweigend erfolge, oder aber ein Staatsbeamter kein Gewissen haben dürfe.

Grundsätze dieser Art, von einem Manne verbreitet, welcher hinsichtlich seiner Kenntnisse in nicht geringem Rufe bis dahin stand, können schon durch ihre Aufstellung einen nachtheiligen Einfluß auf die Moralität minder einsichtsvoller Beamten haben. Es scheint uns ungenügend, sie als falsch dargestellt zu haben, es muß zur gänzlichen Abwendung der übeln Folgen für die Gegenwart und Zukunft auch förmlich dieses ausgesprochen werden, und können wir daher nur dringend bei dem Antrage beharren, daß das gerügte Verfahren des Cammer-Directors von Bülow II. möglichst bald einer gerichtlichen Untersuchung unterworfen werde.

Es bleibt uns hiernächst nur noch übrig, die

\*) Die Vorstellung Einzelner, dasselbe in ihren Verhältnissen nicht beachten zu können, veranlaßte deren Entlassung aus herrschaftlichem Dienste, durch Ministerialrescripte.

Bemerkungen zu erläutern, welche über die mit der Königlich Hannöverschen Regierung unterm 18. Mai 1827 abgeschlossene Hildesheimer Convention, und über den Antheil des Cammer-Directors von Bülow II. an ihrer Förderung, gemacht worden sind.

Die Veranlassung zu der Unterhandlung gab die im Jahre 1825 ins Leben getretene Hannöversche Grenzzoll-Erhebung; sie ward namentlich für den Handel der Stadt Braunschweig sehr drückend dadurch, daß der beim Eingange in die Königlich Hannöverschen Staaten, und beim Ausgange aus denselben, auf Waaren gelegte Zoll, wenn diese auf der nach Frankfurt führenden Straße über Braunschweig weiter befördert wurden, vier Mal entrichtet werden mußte, während der Waarenzug auf dem von Celle abgehenden und vor Nordheim mit jenem wieder zusammentreffenden Wege, nur mit dem einfachen Ein- und Aus-Zolle belegt blieb. Die Verhältnisse der Herzoglich Braunschweigischen zu den Königlich Hannöverschen Landen schienen in jeder Hinsicht dazu geeignet, um sich von einer Unterhandlung wegen dieses Gegenstandes den besten Erfolg zu versprechen; denn nicht zu gedenken, daß eine Maßregel, welche den Schein einer beabsichtigten Störung des Braunschweigischen Handelsverkehrs gegen sich hatte, auch selbst die Billigung des Königs von England Majestät in dieser Hinsicht nicht erlangen konnte, weil Fürsten eines und desselben Hauses, welche über getrennte Theile eines und desselben Landes regieren, und beim Aussterben des Mannsstammes der einen oder der andern Linie einander in der Regierung folgen, nicht wohl die Ab-

sicht haben können, das Emporkommen der für den Augenblick ihnen näher stehenden Landes-Einwohner auf den Ruin der Bewohner des andern Theils zu bauen, und auch eine solche allerhöchste Billigung dieser Maaßregel deshalb nicht vorausgesetzt werden durfte, weil der dem Braunschweigischen Handelsstande daraus erwachsende Druck weniger in der allgemeinen Einrichtung selbst, als in ihrer Ausführung begründet war: so würde die Königlich Hannöversche Regierung von der Ueberlastung des Waarenzugs auf der die Stadt Braunschweig berührenden Straße abzustehen, auch schon dadurch haben vermocht werden können, daß einmal das Königreich Hannover durch das von Holzminden bis Harzburg durchziehende, an beiden Endpunkten der Königlich Preussischen Grenze sich anlehende Braunschweigische Gebiet völlig durchschnitten war, also die Herzoglich Braunschweigische Regierung stets der Mittel mächtig blieb, durch eine entsprechende Zollerhebung auf ihrem Gebiete die Ungleichheit zu heben; dann aber ein wesentliches, dem Verkehr auf der begünstigten Straße über Hannover entgegenstehendes Hinderniß existirte, welches nicht ohne Mitwirkung der Lehtern hinweggeräumt werden konnte. Es war nämlich diese Straße, da wo sie den Weser-District durchschneidet, in gerade aufsteigender Richtung auf das Hubegebirge geleitet, dessen nördlicher Abhang zum hiesigen Gebiete gehörte, und das Erklimmen des Bergrückens mit schweren Lasten so äußerst beschwerlich, daß die Fuhrleute bei ungünstigem Wetter dabei für ihre Pferde große Gefahr liefen. Bei so bewandten Um-



ständen konnte an dem günstigen Ausgange der Unterhandlung, welche hiesiger Seits zu dem Zwecke einer Abhülfe der Mehrbelastung des Weges über Braunschweig angeknüpft ward, kaum noch gezweifelt werden; die Wünsche und Ansprüche beider Regierungen durchkreuzten sich in dem Maaße, daß der Unterhändler leichten Kaufs sich den Ruhm der Auswirkung eines den hiesigen Handelsstand befriedigenden Resultats erwerben konnte. Der Cammer-Director von Bülow II. verschaffte sich dazu, als Referent im Ministerio, den Auftrag, ward übrigens bei diesem Geschäfte an den Rath des, durch langjährige oberste Leitung der Packhaus-Anstalt in die hiesigen Handelsverhältnisse eingeweihten Cammerraths Ribbentrop, und einer aus der Kaufmannschaft gebildeten Commission verwiesen. In völliger Opposition mit den Ansichten dieser ihm zur Seite gestellten Personen, beredete derselbe den Entwurf zu einer Uebereinkunft, in welcher gegen eine fast werthlose Erleichterung am Mehrbetrage des Zolles auf der Straße über Braunschweig, die wesentlichsten Vortheile für den über Hannover führenden Weg zugestanden wurden. Die erstere beschränkte sich darauf, daß den auf der Straße über Braunschweig durch das Königreich Hannover, von Süden nach Norden, und umgekehrt, geführten Waaren von den viermaligen Zollentrichtungen die eine, und zwar die beim Ausgange, für den Fall, daß kein Umpacken stattgefunden und dieses durch Certificate bescheinigt werden würde, erlassen wurde; dagegen verpflichtet jener die Braunschweigische Regierung:



- a. während der Dauer des Vertrags auf dem Durchzuge der lehterwähnten Straße durch den Weser-District, keinen höhern Waarenzoll, als den von 1 Ggr. für jedes Pferd zu erheben, mithin das vierspännige Fuder Waaren zu 80 Centnern, welches auf dem Wege über Braunschweig auch im günstigsten Falle durch die dritte Hannöversche Zollentrichtung mit 6 Rthlr. 16 Ggr. mehr belastet blieb, auf dem über Hannover höchstens mit 4 Ggr. dießseitig heranzuziehen;
  - b. dem beschwerlichen Wege über das Hubegebirge für immer einen andern, um dasselbe herumziehenden Weg zu unterstellen, und dessen Anlegung auf Braunschweigischem Gebiete der Königlich Hannöverschen Regierung zu überlassen;
  - c. auf der von Goslar nach dem Harze über das dießseitige Gebiet führenden Straße niemals Abgaben irgend einer Art, ohne Zustimmung der Königlich Hannöverschen Regierung, einzuführen.
- Der bald nachher verstorbene Cammerrath Ribbentrop soll mit vor Gram darüber erkrankt sein, daß seine gegen das Eingehen auf so augenscheinlich nachtheilige Bedingungen gemachten Vorstellungen unbeachtet geblieben sind. Selbst der eindringlich erklärte Wunsch der Deputirten der Kaufmannschaft, daß, wenn eine solche Convention einmal abgeschlossen werden solle, sie auf einen kurzen Zeitraum beschränkt werden möge, hat seine Wirkung verfehlt, dieselbe ist auf den Vortrag des Cammer-Directors von Bülow II. nach ihrem ursprünglichen Entwurfe auf 12 Jahre abge-

schlossen. Daß Letzterer bei diesem Vortrage sich auf das Einverständniß der ihm beigeordneten Rathgeber gestützt habe, ist wohl um so mehr anzunehmen, da er noch jetzt in seiner Verantwortung dessen Vorhandensein andeutet \*).

Die Mitglieder des engern Ausschusses haben in ihrer unterthänigsten Eingabe vom 29. December vorigen Jahres der Hildesheimer Convention weniger hinsichtlich der dem Cammer-Director von Bülow II. dabei zur Last gelegten Vernachlässigung des öffentlichen Wohles, und als Gegenstandes der gegen ihn einzuleitenden Untersuchung, als vielmehr in Beziehung auf die über ihre Rechtsbeständigkeit im Publikum erregten Zweifel erwähnt. Wir theilen mit jenem die Ansicht, daß um den Letztern auch dieserhalb zur Verantwortung zu ziehen, die Voraussetzung, so wie bei den übrigen vorerwähnten Amtshandlungen feststehen müßte, daß er in seiner Handlungsweise die Verletzung des öffentlichen Wohls erkannt habe, und dennoch davon nicht abgestanden sei. Wir wollen es dahin gestellt sein lassen, ob aus den vorangeführten Umständen solches gefolgert werden könne, glauben jedoch in diesen schon die Anleitung zur Enthüllung wesentlicher Mängel jenes Vertrags erblicken zu dürfen, und können nur

---

\*) P. 20 der Verantwortung: »Die hier und am 25. desselben Monats, in einer Conferenz mit mehreren Kaufleuten und der Vachhofs-Commission gepflogenen Berathungen führten zu einer abermaligen Zusammenkunft in Hildesheim, zwischen mir mit zc. Ribbentrop und den Hannöverschen Abgeordneten, wo die Sache den 18. u. 19. Mai 1827 zum Schlusse gedieh, nachmals auf meinen Vortrag von Sr. Durchlaucht genehmigt zc. wurde.

den Wunsch wiederholen, daß Eure Hochfürstliche Durchlaucht mindestens in dieser Beziehung, auf administrativem Wege den Vorgang einer sorgfältigen Prüfung zu unterwerfen geruhen mögen.

Uebrigens dürfen wir uns wohl der Hoffnung hingeben, daß des Königs von England Majestät, in Erwägung der Verhältnisse, unter welchen der gedachte Vertrag zu Stande gekommen ist, den Bewohnern Braunschweigs, welche Allerhöchstderselbe nicht als Sich völlig entfremdet betrachtet, dasjenige zu bewilligen geneigt sein werde, was ein minder befangener Unterhändler denselben gegen die oberwähnten wichtigen Zugeständnisse ohne Zweifel schon damals verschafft haben würde, nämlich die in der Billigkeit so sehr begründete Gleichstellung beider Straßen.

Dem Handel der Hauptstadt, welcher für das ganze übrige Land von so großer Wichtigkeit ist, sind seit geraumer Zeit von außen her nur immer neue Hindernisse in den Weg gelegt. Es scheint uns eins der dringendsten Bedürfnisse zu sein, daß auf Mittel, ihn aufs Neue zu beleben, ernstlich Bedacht genommen werde; wir wollen, in Betracht des nahe bevorstehenden Termins der allgemeinen Ständeverammlung, unsere Ansichten über die dahinführenden Schritte für jetzt zurückhalten, können jedoch den Wunsch nicht unterdrücken, daß bis dahin nicht Verträge abgeschlossen werden mögten, welche die Wahl unter den mehreren darauf ab Zweckenden Mitteln erschweren, oder wohl gar vereiteln könnten.

Wir empfehlen uns der höchsten Gnade, und  
sterben in tiefster Ehrfurcht

Euer Hochfürstlichen Durchlaucht

Braunschweig,  
am 10. August  
1831.

unterthänigst=treu=gehorsamste.  
Die Mitglieder des engern und  
weitem Ausschlusses der Land-  
schaft.

(Signaturen.)

---

Der hochfürstlichen Landes

am 10. August  
1831  
Die Landes-  
verwaltung

am 10. August  
1831

(Gegenstand)



A n l a g e n.

---

W. I. N. O. S.

## Anlage 1.

Carl, Herzog v. Demnach Wir beschloffen haben, die vor der Usurpation Unserer Staaten in denselben bestanden landschaftlichen Verhältnisse, und namentlich die landschaftlichen Privilegien vom 9. April des Jahres 1770 anzuerkennen, und damit anerkennen, so eröffnen Wir solches Unserer getreuen Landschaft, und erklären zu gleicher Zeit, daß Wir nicht abgeneigt sind, mit derselben über Modificationen, welche durch die veränderten Zeitumstände für nöthig erachtet werden mögten, Verhandlungen eröffnen zu lassen.

Braunschweig, den 25. Mai 1829.

(gez.) Carl, H.

An  
den engeren und größeren Ausschuss  
gesammter getreuen Landschaft  
hieselbst.

## A n l a g e 2.

Allerdurchlauchtigster Herzog,  
Allergnädigster Herzog und Herr!

Indem wir den Eingang des mit Allerhöchster Namens-Bezeichnung versehenen Rescripts, d. d. 25. d. Mts., Eurer Hochfürstlichen Durchlaucht in tiefster Unterthänigkeit melden, gebietet uns die Pflicht gegen die gesammte Landschaft des Herzogthums, deren Repräsentanten, in gewissen uns vertrauten Geschäften, wir nur sind, uns ehrfurchtsvoll dahin zu äußern, daß eine Allerhöchste Anerkennung der ständischen Privilegien von 1770 und der darauf gegründeten Verfassung, ohne Anerkennung der Modificationen, welche solche durch die Landschaftsordnung d. d. 25. April 1820 erhalten, und dieser Landschaftsordnung selbst, den Ansichten der Stände, so wie solche in dem allerunterthänigsten Anschreiben der Landschaft d. d. 21. Mai d. J. ausgedrückt sind, nicht entspricht, und daß wir also gegen den von unseren Committenten erhaltenen Auftrag handeln würden, welchen aus den Augen zu setzen uns die Pflicht verbietet, wenn wir Eurer Hochfürstlichen Durchlaucht allergnädigste Anerkennung der alten Verfassung, als Basis darauf zu bauender Unterhandlungen, für genügend erkennen wollten.

Die wir in tiefster Unterthänigkeit verharren

Eurer Hochfürstlichen Durchlaucht

allerunterthänigst-treu-gehorsamst

Die Mitglieder beider landschaftlichen  
Aussschüsse.

(gez.) v. Bülow. H. v. Plessen. H. Graf v. Dberg.  
C. F. v. Beltheim. Bode. F. Langerfeldt.  
G. P. v. Bülow. v. Strombeck.

Braunschweig, am 20. Mai 1829.

# Anlage A.

Auf Ihre an Seine Hochfürstliche Durchlaucht gerichtete und an Uns zur Beantwortung abgegebene Zuschrift vom 16. d. M. lassen Wir Ihnen unverhalten, daß Allerhöchstdieselben in Betracht des von Ihnen auf die unehrerbietigste und undankbarste Weise zurückgeschickten Oberhofmeisterpatents, so wie in Rücksicht auf den gleichfalls unehrerbietigen und formlosen Inhalt Ihrer erwähnten Zuschrift, Sich nicht betrogen finden können, Ihnen jetzt den erbetenen Abschied zu ertheilen, vielmehr Sie ohne diesen Abschied, hierdurch aller Ihrer bisherigen Titel, Aemter und Würden, wes Namens sie immer sein mögen, für verlustig erklären, auch Ihnen überdies für Ihre und Ihrer Ehefrau Person, vom Tage des gegenwärtigen Rescripts an, den Aufenthalt in hiesigen Landen bei Strafe der öffentlichen Landes-Verweisung untersagen.

Braunschweig, den 17. Junius 1828.

Herzogl. Braunschweig-Lüneb. Staats-Ministerium.

G. P. von Bülow. v. Münchhausen.

An  
den Herrn von Sierstorff  
Hochwohlgeborn  
zu Driburg.



# Anlage B.

An das Herzogliche Districtsgericht Braunschweig.

Wir eröffnen dem Herzoglichen Districtsgerichte Braunschweig auf die Anfrage vom 15. d. Mts. in Betreff der abschriftlich mit eingereichten Eingabe des vormaligen Oberjägermeisters von Sierstorpff zu Driburg, wie es mit den Anlagen der letztern seine Richtigkeit hat, und insbesondere das darunter befindliche Rescript vom 17. Juni v. J. auf Veranlassung des Sierstorpff'schen Gesuchs vom 16. ej. von landesfürstlicher Machtvollkommenheit ausgegangen und unter Berücksichtigung von Grundsätzen, welche der höchsten Landespolizei angehören, erlassen worden ist.

Braunschweig, den 22. Sept. 1829.

Herzogl. Braunschweig=Lüneb. Staats=Ministerium.

G. P. v. Bülow. v. Münchhausen.

# Anlage C.

**Carl, Herzog.** Da das Herzogliche Districtsgericht das vom Landes-Gerichte in der von Sierstorpff'schen Untersuchungs-Sache abgegebene, gegenwärtig cassirte Erkenntniß, mit einer ungewöhnlichen Hast und Eile und eher publicirt hat, als davon bei Unserm Staats-Ministerio pflichtschulbige Anzeige zu machen, wie solches bei der Wichtigkeit dieser die Landesherrschaft Selbst betreffenden Angelegenheit wohl schicklich und der Schuldigkeit der Mitglieder des Districtsgerichts conform gewesen wäre, zumal jenes annullirte Erkenntniß in die Uns zustehenden Polizei-Hoheitsrechte unbefugt eingreift; so wird dem Districtsgerichte für das bei der Expedition der Sache begangene pflichtwidrige und rücksichtslose Benehmen, damit ein nachdrücklicher Verweis ertheilt, unter dem Verwarnen, sich dergleichen bei strengerer Ahndung nie wieder zu Schulden kommen zu lassen.

Schließlich wird das Districtsgericht hierdurch angewiesen, in vorkommenden Fällen Unserm Canzlei-Director Bitter die Einsicht der Acten, welche etwaige herrschaftliche Angelegenheiten betreffen, in der Districtsgerichts-Registratur ohne weitere Umstände, auch brevi manu und jederzeit willfährig zu gestatten, auch dem Vorstande der Registratur desfallsige Weisung zu geben.

Braunschweig, den 10. Januar 1830.

Auf Allerhöchsten Special-Befehl.

G. v. Bülow. v. Münchhausen.

An  
Herzogl. Districtsgericht hieselbst.

## A n l a g e D.

Da dem Herzoglichen Landesgerichte zur Befolgung der demselben in der von Sierstorpff'schen Untersuchungs-Sache durch den Herzogl. Commissarius vom 9. d. Mts. gemachten Auflage die bereits damals geschehene Eröffnung genügt, daß der Hof- und Justizrath Dr. Fricke seinen Auftrag in Gemäßheit eines Allerhöchsten Special-Befehls erhalten, und diese Maaßregel darin ihren Grund gefunden hat, daß die gegen den vormaligen Oberjägermeister Freiherrn von Sierstorpff von Sr. Herzoglichen Durchlaucht erlassenen Verfügungen von dem Allerhöchstdenen- selben zuständigen Polizei-Hoheitsrechte ausgegangen, und, als Zweig der mit der Souverainität verknüpften Regierungsrechte, von der Einwirkung der Gerichte unabhängig angesehen sind; so bedarf es einer weiteren Mittheilung der in dem Berichte vom 11. d. Mts. desiderirten Abschriften nicht, und wird die Einsendung des qu. Erlasses im Entwurfe nunmehr gewärtigt.

Braunschweig, den 22. Jan. 1830.

Herzogl. Braunschweig=Lüneb. Staats=Ministerium.

v. Bülow. v. Münchhausen.

An

Herzogliches Landesgericht  
in Wolfenbüttel.

## Anlage E.

## Circular.

Auf Allerhöchsten Befehl ist es jedem Braunschweigischen Staatsdiener auf das Strengste untersagt, irgend einen Umgang, es geschehe solches auf mündlichen, schriftlichen oder andern Wegen, mit dem ohne Abschied entlassenen vormaligen Cammerherrn von Gramm auf Sambleben zu pflegen oder zu unterhalten, widrigenfalls es so angesehen werden muß, als wenn man jenen verbotenen Umgang dem hiesigen Staatsdienste vorziehe.

Braunschweig, den 14. November 1829.

Herzogl. Braunschw. Staats-Ministerium.

(gez.) G. P. v. Bülow. v. Münchhausen.

# U n l a g e F.

Seine Herzogliche Durchlaucht haben dem unterzeichneten Staats-Ministerio zu befehlen geruhet, das an Höchstdieselben gerichtete Schreiben der ständischen Ausschüsse, diesen ungelesen zurückzusenden, weshalb solches in dieser Maaße hierbei erfolgt.

Der Grund, weshalb die Zurückgabe des Schreibens geschieht, besteht darin, daß die jetzigen Wortführer der Landschaft, in ihren verschiedenen Eingaben bei der Bundesversammlung, namentlich in der letztern, die vorschnelle Behauptung versucht, die ungültige Landschaftsordnung vom Jahre 1820 sei um deswillen für factisch anerkannt zu halten, weil das unterzeichnete Staats-Ministerium, wiewohl solches nur aus Rücksichten geschehen konnte, Schreiben der ständischen Corporationen angenommen und darauf das Geeignete erwiedert. Bei der solchergestalt gewagten Behauptung ist es unberücksichtigt geblieben, daß Se. Herzogliche Durchlaucht in Höchst-Ihrem Patente vom 10. Mai 1827 das Fortbestehen aller Verhältnisse befohlen, bis dahin, daß von Höchst-Ihnen anderweite Bestimmungen erlassen werden würden, imgleichen daß diese vorbehaltene Höchste Bestimmung, rücksichtlich der Landschaftsordnung vom Jahre 1820, dahin erfolgt sei, daß dieselbe weder anerkannt, noch angenommen werden solle.

Bei der vorhin gedachten Verfügung können die Bestimmungen der Landschaftsprivilegien vom Jahre 1770 nicht in Betracht kommen, einmal, weil die Repräsentanten der Landschaft es bisher verweigert haben und noch verweigern, jene Privilegien als die Basis ihrer Handlungsweise anzuerkennen; zweitens aber auch, weil unter den Ausschüssen sich ständische Repräsentanten befinden, welche auf eine illegale Weise gewählt, die Landschaft nicht zu repräsentiren vermögen, und fogar, aller Wahrscheinlichkeit nach, ein Mitglied sich mit unterschrieben haben wird, von dem Seine Herzogliche Durchlaucht, als Folge dessen unehrerbietigen Benehmens, ein für alle Mal nichts mehr wissen wollen.

Unter diesen Umständen sieht sich das unterzeichnete Staats-Ministerium zu der Erklärung veranlaßt, daß dasselbe von den ständischen Ausschüssen nicht eher wieder schriftliche Anträge ent-



gegenehmen werde, bis bei der Bundes-Versammlung das vor derselben begangene Unrecht wieder gut gemacht, und auf Veranlassung der Stände dort erklärt worden sei, daß die Abgiltion der ungültigen Landschaftsordnung vom Jahre 1820 nicht daraus gefolgert werden könne noch solle, daß von Seiten des unterzeichneten Staats-Ministerii in den früheren Verhältnissen schriftliche Eingaben der Stände angenommen und beantwortet seien; imgleichen daß in Gefolge dieser Erklärung die ohnehin ganz ungegründete Klage beim Bunde zurückgenommen wäre.

Braunschweig, den 20. Nov. 1829.

Herzogtl. Braunschweig-Lüneburg. Staats-Ministerium.

(gez.) G. P. v. Bülow. v. Münchhausen.

An

die Mitglieder der ständischen Ausschüsse  
hieselbst.

## Anlage G.

Demnach die ständischen Corporationen des Herzogthums ihre Stellung gemißbraucht, theils im Allgemeinen, theils und insbesondere aber in Rücksicht der Art und Weise, wie von denselben die Aufrechthaltung der dem Lande aufgedrungenen Constitution vom Jahre 1820 hat erzwungen werden wollen, und denn für jetzt keine Aussicht vorhanden zu sein scheint, daß die Stände den einmal beschrittenen Pfad wieder verlassen werden: so wird der Cammer-Director von Bülow I. hieselbst damit angewiesen, bis auf Weiteres mit den ständischen Corporationen nicht zu communiciren, insbesondere aber auch an etwanigen ständischen Berathungen überall keinen Antheil zu nehmen.

Braunschweig, am 15. Decbr. 1829.

Herzogl. Braunschweig-Lüneburg. Staats-Ministerium.

(gez.) G. P. v. Bülow. v. Münchhausen.

An  
den Cammer-Director  
v. Bülow I.  
hieselbst.

## A n l a g e H.

Da auf Seine Herzogliche Durchlaucht Allerhöchsten Befehl eine bestimmte Anzahl älterer Schuldverschreibungen Herzoglicher Cammer gegen Obligationen au porteur nach dem hierbei gehenden Probe-Formulare eingetauscht, und das Publicum von dieser Anordnung durch eine in die nächsten, am künftigen Mittewochen erscheinenden hiesigen Anzeigen und in die Verordnungs-Sammlung zu inserirende Bekanntmachung Herzogl. Cammer in der Art, wie solches in dem beikommenden Formulare solcher Bekanntmachung aufgesetzt worden, benachrichtiget werden soll; so weisen Wir auf Allerhöchsten speciellen Befehl Herzogliche Cammer zum unverzüglichen Erlaß dieser Bekanntmachung hierdurch an.

Zugleich geben Wir derselben in gleiche Weise auf Allerhöchsten Befehl hierdurch Nachricht, daß auf Grundlage der ältern, Seiner Herzoglichen Durchlaucht zuständigen Obligationen, Cammer-Schuldscheine au porteur zu resp. 5000 Rthlr., 1000 und 500 Rthlr. lautend, ausgefertigt, und seiner Zeit das betreffende Verzeichniß sammt den im Archive Herzoglicher Cammer niederzulegenden Ur-Obligationen mitgetheilt werden würden.

Braunschweig, den 23. November 1829.

Herzogl. Braunschweig-Lüneburg. Staats-Ministerium.

G. P. v. Bülow. v. Münchhausen.

An

Herzogliche Cammer.

hieselbst.

# U n l a g e J. a.

An

Den hochverehrten engern und  
weiteren Ausschuss löblicher  
Landschaft.

## Ganz gehorsamstes Pro Memoria!

Als ich im Spätherbste des Jahres 1826 mit Besorgung des damals erledigten Ministerial-Departements von Sr. Herzoglichen Durchlaucht einstweilen beauftragt ward, mußte ich voraussetzen, daß die hieraus für mich hervorgehende Stellung, als nach ihrer Natur vorübergehend, bald eine definitive Bestimmung erhalten würde, zumal ich nicht unterlassen hatte, sofort des Herzogs Durchlaucht auf die Inconvenienz einer solchen Aemterhäufung aufmerksam zu machen.

Dennoch verzögerte sich die erwartete Maßregel, und, da ich Bedenken tragen mußte, sie selbst in Erinnerung zu bringen, auch annehmen durfte, daß die vorherzusehende Unterhandlung mit löblicher Landschaft sie ohnehin herbeiführen werde; so suchte ich bisher dem zu besorgenden Uebelstande vorzubeugen, indem ich den Berathungen im landschaftlichen Ausschusse, so weit sie das Verhältniß mit der Landesregierung zum Gegenstande hatten, mich entzog, dagegen aber jede Gelegenheit benutzte, die Rechte des Landes und unserer Verfassung dem Durchlauchtigsten Herzoge sowohl mündlich als schriftlich zu entwickeln.

Mit dem Zeitpunkte aber, wo die vorläufigen Berathungen in Unterhandlungen mit der Landesregierung übergehen sollen, fiel die Möglichkeit für mich hinweg, auf solchem Mittelwege fortzuwandeln, ohne die Pflichten zu verletzen, welche mich, wie unserm Landesfürsten, so auch der Landschaft verbinden. In einer am 30. vorigen Monats eingereichten Vorstellung bat ich daher, unter Auseinandersetzung der dafür sprechenden dringenden Gründe, Se. Herzogliche Durchlaucht, mir zu gestatten, aus dem Staats-Ministe-

rium mich zurückziehend, wieder auf meine Obliegenheiten als Cammer-Director und ständischer Steuerrath beschränkt, mich ansehen zu können. Da nun hierauf am folgenden Tage, durch des Herrn Geheimen-Ober-Staatsraths v. Münchhausen Excellenz, die mündliche Antwort mir zuging, es könne Se. Durchlaucht jetzt, der vorwaltenden Verwickelungen wegen, über mein Dienstverhältniß einen definitiven Beschluß nicht fassen, müßten vielmehr mein Mitwirken im Staats-Ministerium ferner erfordern, und werde solches wohl keine bedenkliche Folgen für meine Stellung zu löblicher Landschaft bewirken können; so verblieb mir nichts, als die Gegenerklärung dahin abzugeben:

von nun an den landschaftlichen Versammlungen und Berathschlagungen, ohne Einschränkung, wie vor meinem Eintritte in Herzogliches Staats-Ministerium, wiederum beiwohnen, dagegen denjenigen Verhandlungen, in letzterwähnter oberster Behörde, welche das Verhältniß der Regierung zu der Landschaft zum Gegenstande haben möchten, gänzlich mich enthalten zu müssen und zu wollen.

In der Zuversicht, hiermit gethan zu haben, was meine schwierige Stellung erfordert und erlaubt, werde ich mich also bei den bevorstehenden Zusammenkünften einstellen, und überlasse mich der Hoffnung, von Seiten meiner verehrten Mitstände desselben Vertrauens wiederum mich erfreuen zu können, wie es früher mir zu Theil geworden ist, und die Theilnahme an den landständischen Verhandlungen zu den angenehmsten meiner verschiedenen Amtsobliegenheiten gemacht hat.

Braunschweig, den 9. Mai 1829.

ganz gehorsamst

(gez.) G. P. v. Bülow.



# Anlage J. b.

Geschehen Braunschweig in der Sitzung beider ständischen Ausschüsse am 20. Mai 1829.

In Gegenwart

der Herren:

Cammerdirector v. Bülow I.;  
Geheime-Rath v. Strombeck;  
Cammer-Director v. Bülow II.;  
Steuerrath Langerfeldt;  
Graf v. Beltheim;  
Schazrath v. Plessen;  
Graf v. Oberg;  
Oberhauptmann v. Kalm;  
Kaufmann C. B. Krause;  
meiner, des unterzeichneten  
Landsyndici.

In der auf heute verabredeten Conferenz ward zuvörderst von der Eingabe des Herrn Cammer-Directors v. Bülow II. vom 9ten dieses Vortrag gemacht.

Die sämmtlichen Mitglieder waren darüber einstimmig, daß, so wünschenswerth auch das Verbleiben des Letzteren im engeren Ausschusse der Landschaft und im Landes-Steuer-Collegium an sich sei, dessen fast dreijährige Beschäftigung im Ministerium ohne Verletzung des §. 34. der Landschaftsordnung nicht fortgesetzt werden dürfe.

Die von einem Mitgliede aufgestellte Ansicht, daß die Landschaft sich für dessen Entlassung aus Herzoglichem Staats-Ministerium verwenden möge, ward von Anderen aus dem Grunde für unzuweckmäßig erachtet, weil eine solche Verwendung außer den Grenzen der landschaftlichen Befugnisse zu liegen, es allein Sache des Herrn Cammer-Director v. Bülow zu sein scheine, ob er die eine oder die andere der verfassungsmäßig unverträglichen Functionen aufgeben wolle; dann aber auch das Interesse des Herrn Cammer-Directors v. Bülow unter den obwaltenden Umständen durch

eine solche Verwendung nicht gefördert werden dürfte, demselben vielmehr daran gelegen sein müsse, durch eine unumwundene Erklärung eine neue Wahl abzuwenden, welche ohne dies, sicherm Vernehmen nach, wenigstens eventuell erfolgen werde.

Herr Cammer-Director v. Bülow erklärte, aus Herzoglichem Staats-Ministerio heraus, und in seine frühere Verhältnisse zurücktreten zu wollen, und ersuchte die Mitglieder der Ausschüsse, sich bei gesammter Landschaft dahin zu verwenden, daß ihm zu jenem Austritte aus den Ministerial-Geschäften bis zum 1sten Juli Frist gegeben werden möge, indem er Sr. Hochfürstlichen Durchlaucht Zeit lassen müsse, darauf Bedacht zu nehmen, daß ein Anderer in seine Functionen eintrete &c.

## A n l a g e K.

An  
die hochverehrlichen Ausschüsse  
löblicher Landschaft.

## Ganz gehorsamstes Pro Memoria!

Nach den, in der Ausschuß-Sitzung vom 20sten und der Landschaftlichen Versammlung vom 21sten d. Monats mir gemachten Eröffnungen über die Unverträglichkeit meiner, wiewohl nur einstweiligen, Anstellung im Herzoglichen Ministerium mit dem Amte eines Landschaftlichen Steuerraths, ging ich die Verpflichtung ein, die Fortsetzung der übertragen erhaltenen Ministerial-Geschäfte abzulehnen und mit Ablauf d. M. davon zurückzutreten. Zugleich sprach ich den Wunsch und Vorsatz aus, die gedachte Landschaftliche Stelle in Verbindung mit meinem Amte in Herzoglicher Cammer beizubehalten, auch diese Vereinigung nöthigenfalls, wie ein durch die Landesfürstliche Bestätigung der auf mich gefallenen Wahl zu ersterwähnter Stelle erworbenes Recht, geltend zu machen. Die Billigung dieses Vorsatzes ward mir, zu meiner Freude und Beruhigung, von meinen verehrten Herren Mitständen zu Theil, und mehrere Aeußerungen begründeten in mir das Vertrauen, löbliche Landschaft werde mich, sollte es dazu kommen, in der Verfolgung des bemerkten Rechts vertretend unterstützen.

Daß ich sofort jener Zusage nachgekommen bin und Sr. Herzoglichen Durchlaucht den Vorsatz, aus dem Ministerium zurückzutreten, so bestimmt und unumwunden angezeigt habe, wie das Verhältniß zum Landesfürsten solches auszudrücken irgend gestattet, wird die von mir zu den Acten löblicher Landschaft eingereichte Abschrift des unter d. 24. v. Monats dem Durchlauchtigsten Herzoge überschickten Gesuchs ersehen lassen. Es ist mir hierauf die Antwort ertheilt, welche ich hier in Abschrift anschließe, und durch dieselbe, ohne einige Berücksichtigung meines Verhältnisses zu löblicher Landschaft, ausdrücklich und bestimmt, wenigstens vorerst noch,

die Fortsetzung meiner Arbeiten im Herzoglichen Ministerium befohlen worden.

Für den von mir vermutheten Fall, daß gar keine Antwort erfolgen, oder die ertheilte weniger peremptorisch lauten würde, war ich entschlossen, mit Anfang Julius jeder fernern Theilnahme an den Geschäften des Staats-Ministeriums mich zu enthalten. — Einem so bestimmt ausgesprochenen Befehle aber darf ich nicht entgegen handeln, ohne des landesfürstlichen Dienstes überhaupt, also auch meiner Stelle in Herzoglicher Cammer, und zwar ohne Anspruch auf einigen Ersatz, mich verlustig zu machen. Es geht nämlich die Ansicht der bewährtesten Rechtslehrer dahin, daß jeder Staatsdiener verpflichtet ist, nach Willkühr des Fürsten, jeden nicht unangemessenen Dienst zu übernehmen, und es würde mithin meinem Ansprüche auf Belassung in der Stelle eines Cammer-Directors oder auf einen Entschädigungs-Gehalt entgegenstehen, daß ich dem Landesfürstlichen Befehle hätte Folge leisten müssen, und mir allein der eventuelle Anspruch auf Entschädigung für die Steuer-raths-Befoldung würde vorbehalten geblieben sein, falls ich solchen wegen meines Verbleibens im Ministerium verlieren sollte. Hier-nach würde also mein eigenmächtiger Zurücktritt gerade dem Zwecke entgegen wirken, welchen ich, und, wie ich glauben darf, auch meine verehrten Herren Mitstände, gehabt, und mich entweder aus ihrer Mitte vertreiben, oder in einen Verlust stürzen, welchen ich nicht wohl tragen kann, und wodurch ich gezwungen werden würde, ein zureichendes Dienst Einkommen im Auslande zu suchen, also mein mir theures Vaterland zu verlassen.

Unter diesen Umständen glaube ich der, gegen löbliche Landschaft eingegangenen Verbindlichkeit, durch die vorerwähnte Sr. Herzoglichen Durchlaucht eingereichte Erklärung nachgekommen zu sein und ferner nachzukommen, wenn ich nochmals mit einer geziemenden Vorstellung bei Sr. Herzoglichen Durchlaucht meinen frühern Antrag erneuere und, wenn derselbe wiederum ohne den gewünschten Erfolg verbleiben sollte, den Weg Rechtsens einschlage, um durch Richterspruch zu bewirken, daß mir der Austritt aus dem Staats-Ministerium verstattet und ich in der Ausübung meines Amtes als Cammer-Director, ohne solche Nebenaufträge, gelas-

sen werde, welche mich meiner landschaftlichen Stelle verlustig machen würden.

Da löbliche Landschaft meine Vorschritte sehr fördern würde, wenn sie denselben beitreten wollte, sie auch selbst dabei theilhaftig scheint, daß die Regierung nicht willkürlich ein Mitglied des engern Ausschusses, welches zugleich im Herzoglichen Dienste steht, aus jenem entfernen, oder durch Besorgniß einer solchen Maßregel dessen Freimüthigkeit lähmen möge; so erlaube ich mir die ganz gehorsame Bitte,

daß von Seiten der beiden Ausschüsse die Vorstellung, welche ich noch bei Sr. Hochfürstlichen Durchlaucht einzureichen gedanke, mit einer entsprechenden Eingabe begleitet werden möge.

Während dieser Verhandlungen würde ich also die mir übertragenen Ministerial-Arbeiten zu besorgen fortfahren müssen, und nur der Stimmführung in landschaftlichen Angelegenheiten mich zu enthalten haben.

Einer gefälligen Eröffnung der Ansichten beider hochverehrten Ausschüsse, deren billiger Berücksichtigung meiner schwierigen Lage ich die Schritte, welche von mir zu thun sein werden, vertrauensvoll zu bestimmen anheimstelle, sehe ich entgegen.

Braunschweig, den 18. Juni 1829.

ganz gehorsamt

(gez.) G. P. v. Bülow.



## A n l a g e K. 2.

## A b s c h r i f t

eines Schreibens des Cammer-Directors von Bülow II.  
an Se. Hochfürstliche Durchlaucht, den regierenden Herzog,  
d. d. 24. Mai 1829.

Die Voraussetzung, von welcher mein allerunterthänigstes Schreiben vom 11. d. M. ausging, daß nämlich die, von Eurer Hochfürstlichen Durchlaucht befohlene fernere einstweilige Führung der mir übertragenen Ministerialgeschäfte, insofern davon die Theilnahme an Berathungen über landschaftliche Verhältnisse ausgeschlossen blieb, von Seiten der Stände für vereinbarlich mit dem Amte eines landschaftlichen Steuerraths und Mitgliedes vom engern Ausschusse würde angenommen werden, hat sich nicht bewährt.

Nachdem von mir den ständischen Ausschüssen die schuldige Anzeige und der Versuch gemacht war, unter jeder Modification dem Allerhöchsten Befehle so viel irgend möglich nachzukommen, gingen mir vielmehr Winke zu, daß eine Verbindung meiner ständischen Bedienung mit Sitz und Stimme in Eurer Hochfürstlichen Durchlaucht Staats-Ministerium durchaus und auch dann unzulässig erachtet werde, wenn die letzte Stelle nur provisorisch übertragen sei, und in der Zusammenkunft des größern Ausschusses, so wie darauf in der Versammlung der Stände selbst, verdanke ich nur dem günstigen Urtheile über mein öffentliches Leben und die Besorgung meiner verschiedenen Amtsobliegenheiten, daß man wegen meiner verlängerten Theilnahme an den Ministerialgeschäften nicht sofort meine landschaftliche Stelle für verwirkt erklärte. Allein, indem die Stände meinem Wunsche, mich ferner in ihrem engeren Ausschusse zu behalten, auf eine mir schmeichelhafte Weise nachgaben, stellten sie die Forderung als unerläßliche Bedingung auf, daß ich mich bestimmen müsse, entweder aus dem Herzoglichen Staats-Ministerium zurückzutreten, oder aber zu gewärtigen, daß binnen einer gesetzlichen Frist mein landschaftlicher Posten als er-

ledigt werde angesehen werden. Es ward diese Frist mir zugestanden, aus ehrfurchtsvoller Rücksicht gegen Eure Hochfürstliche Durchlaucht, damit zur Ersetzung der durch meinen Rücktritt im Herzoglichen Staats-Ministerium erledigten Stelle die gehörige Zeit offen verbleibe.

Da die von der vormundschafftlichen Regierung unter dem 22. Mai 1821 erfolgte Bestätigung der auf mich gefallenen Wahl zum landschaftlichen Steuerrathe und Mitgliede des engern Ausschusses zugleich, als nothwendige Folge, ausgesprochen hatte, daß diese Stelle mit der landesfürstlichen Bedienung eines Cammer-Directors für mich vereinbarlich sein sollte, dieses aber allein unter der aus solcher Verbindung hervorgehendem Bedingung Statt finden kann, daß von mir keine solche Dienste verlangt werden, die diejenige amtliche Stellung verrücken, in welcher ich mich bei Uebnahme der Stelle eines landschaftlichen Steuerrathes befand; da mithin hierdurch nicht nur ich ein Recht auf die Fortdauer meiner damaligen nicht bloß einseitig landesfürstlichen Dienstverhältnisse erworben habe, sondern selbst die Landschaft ein Gleiches in Anspruch nehmen dürfte, indem ihr sonst einmal zugestandene Diener willkürlich würden entzogen werden können, so hielt ich mich für verpflichtet und berechtigt, diejenige Erklärung abzugeben, welche Eurer Hochfürstlichen Durchlaucht in dem Schreiben der versammelten Stände vom 21. d. M. ehrfurchtsvoll zur Anzeige gebracht worden ist.

So willig ich also bisher jeden Auftrag meines Höchstverehrten Landesfürsten zu erfüllen treueifrig bemühet gewesen bin, so schuldig ich mich erachte, neben meinen ordentlichen Berufspflichten befohlenen außerordentlichen Dienstarbeiten ferner meine übrigen Kräfte und Stunden zu widmen, soweit sie mit jenen nicht im Widerspruche stehen, und Collisionen zwischen verschiedenartigen Amtspflichten herbeiführen, welche meine Wirksamkeit aufheben müßten, so muß ich dennoch, durch die angezeigten Verhältnisse gezwungen, Eure Hochfürstliche Durchlaucht allerunterthänigst bitten: daß es mir vergönnet sein möge, auf meine ordentlichen Dienstverhältnisse eines Herzoglichen Cammer-Directors und zugleich eines ständischen Steuerraths beschränkt, von der einstweilen im Herzoglichen Staats-Ministerium außerordentlich übertragen

erhaltenen Stelle zurückzutreten, und, falls Eure Hochfürstliche Durchlaucht solches nicht früher zu befehlen geruhen sollten, wenigstens mit Ausgange des künftigen Monats diesen Schritt zu thun, allergnädigst geruhen zu wollen.

Diesem ehrfurchtsvollen Gesuche füge ich die allerunterthänigste Bemerkung hinzu, daß ich mir überall keine Arbeitsrückstände bewußt bin, und die nicht currenten Acten, welche ich vom Geheimenrathe von Schmidt-Phiseldorf in Empfang genommen und behalten hatte, schon größtentheils in die Herzogliche Staatskanzlei abgeliefert habe, den Rest aber unverzüglich dahin abgeben werde.

Der ich ic.

# Anlage L. a.

## Abſchrift

einer Antwort Sr. Herzoglichen Durchlaucht auf mein Geſuch vom 24. Mai 1829, welche mir am 31. deſſelben Monats durch Se. Excellenz den Herrn Geheimen Ober-Staatsrath von Münchhauſen von einem ſchriftlichen Aufſaße, angeblich von des Herzogs Durchlaucht dictirt, abgeleſen und mitgetheilt worden iſt.

1.

Der Cammer-Director von Bülow bleibt was er iſt.

2.

Nach der, in dem Schreiben des von Bülow bemerkten Weiſe, würde dem Landesherrn alles Recht entzogen werden, über ſeine Diener zu diſponiren.

3.

Nicht Se. Durchlaucht entziehen der Landſchaft willkührlich einen Diener, ſondern die Landſchaft ſelbſt will dieſen Diener nicht behalten.

4.

Das Recht der Verſetzung der Diener ſteht jeder Regierung allzeit zu, beſonders denn, wenn dem Betheiligten ein höherer Poſten, wenn auch nur einſtweilig, übergeben würde.

5.

Der jeztige Augenblick iſt nicht dazu geeignet, daß der von Bülow aus dem Miniſterio austrete.

6.

Se. Durchlaucht der Herzog nehmen dem von Bülow nichts, nur die Stände wollen dieſes thun.

7.

Der von Bülow hätte gleich anfänglich bei ſeiner Beru- fung zum Miniſterio proteſtiren ſollen.

## 8.

Se. Herzogl. Durchlaucht könnte mit demselben Rechte, als die Stände, die Vereinigung eines Herrschaftlichen Dienstes mit dem eines Landschaftlichen für incompatibel erklären, und dem gemäß jedem Diener in Besiz solcher zwei Stellen die Wahl lassen, welche von den Stellen er behalten wolle.

Wörtlich abgeschrieben nach einer sofort genommenen  
Copie.

(gez.) G. P. v. Bülow.



## Anlage L. b.

An  
den Herrn Cammer-Director  
v. Bülow II.  
hieselbst.

Dem Herrn Cammer-Director v. Bülow eröffnen wir auf dessen Eingabe vom 24. v. M., daß die ständischen Ausschüsse sich nicht ermächtigt erachten können, von dem Beschlusse gesammter Landschaft abzugehen, welche auf die Erklärung desselben zum Protocolle vom 20. Mai d. J.,

»bis zum 1. Juli aus Herzoglichem Staats-Ministerium her-  
»aus und in seine frühere Verhältnisse zurücktreten zu wollen«, die Wahl eines neuen Mitgliedes des engeren Ausschusses unterlassen, und deren zweite Abtheilung sich verpflichtet hat, im Falle der Nichterfüllung jenes Versprechens, zu gedachtem Zwecke sich wieder zu versammeln. Sollten Zweifel darüber erhoben werden, ob jenes Versprechen erfüllt sei oder nicht, oder Schritte Seitens der Stände erfordert werden, um das Austreten von Ew. Hochwohlgeboren aus Herzoglichem Staats-Ministerium zu erwirken, so würden nach jenen Vorgängen nicht wir, sondern allein die beiden Sectionen der Landschaft darüber zu entscheiden und das Erforderliche zu bestimmen haben.

Wir können diesernach nur den Wunsch ausdrücken, daß es unserm hochgeehrten Herrn Collegen möglich werden möge, die eingegangene Verpflichtung bis dahin zu erfüllen, daß eine neue Versammlung gesammter Landschaft Statt finden wird, und eröffnen demselben dabei: daß wir den obwaltenden Umständen nach es mit unseren Pflichten vereinbar halten müssen, mit der Berufung der zweiten Section zur Bewerkstelligung der neuen Wahl noch für einige Zeit Anstand zu nehmen.

Uebrigens dürfte es den Umständen angemessen und der Verfassung entsprechend sein, daß Sie bis zur definitiven Regulirung dieser Angelegenheit sich der Theilnahme an Berathungen des en-

gern Ausschusses und an den Geschäften des Landes = Steuer = Collegii enthalten.

Braunschweig, am 1. Juli 1829.

Die zum engern und weitem Ausschusse der vereinigten  
Braunschweig = Wolfenbüttelschen und Blankenburgischen  
Landschaft Verordneten.

(gez.) v. Bülow. v. Strombeck. F. Langerfeldt.  
H. v. Plessen. H. Gr. v. Oberg. Bode.  
v. Kalm. H. A. Schliephake.

## A n l a g e L. c.

## Ganz gehorsames Pro Memoria!

Den verehrlichen Erlaß der beiden Ausschüsse löblicher Landschaft vom 1. d. Monats habe ich zu erhalten die Ehre gehabt, und verfehle nicht, nachdem ich die während meiner Abwesenheit angehäuften Arbeiten beseitigt, ganz gehorsamst zu erwiedern, daß ich dem Verlangen, der Theilnahme an den Berathungen des engern Ausschusses und an den Geschäften des Landes = Steuer = Collegiums mich vorerst zu enthalten, zwar aus Achtung gegen die Wünsche meiner hochgeehrten Herren Collegen gern, jedoch zumal in Ansehung der Arbeiten im Landes = Steuer = Collegium nur in der Voraussetzung nachkommen werde, daß von Seiten der höchsten Landesregierung solches nachgesehen werden wird. Denn ein solches Zurücktreten scheint mir nur von dieser veranlaßt oder gestattet werden zu können, besonders da das Landes = Steuer = Collegium keine repräsentative, vielmehr nur administrative Attributionen hat.

Wiewohl ich nun allerdings mich der Hoffnung hingeben zu können glaubte, es werde die erbetene Hülfe in der Verfolgung meines Rechts, auf Belassung in meinen früheren Dienstverhältnissen, ohne Beauftragung mit Geschäften, die mit der Beibehaltung meiner ständischen Stelle unvereinbarlich erachtet worden, mir sofort von Seiten der verehrlichen Ausschüsse zugestanden werden, und um so weniger erwarten durfte, über die Frage Zweifel erregt zu sehen, ob das an meine Erklärung vom 20. Mai d. J. geknüpfte Präjudiz eingetreten sei, weil ich, bei dem damals ausgesprochenen Entschlusse beharrend, nachgewiesen, alles zur Erfüllung meiner Zusage gethan zu haben, was in meinen Kräften gestanden hat, unter solchen Umständen aber, unbestrittenen Rechts = Grundsätzen gemäß, die Nichterfüllung bei unabwendbaren Hindernissen nicht angerechnet werden kann, und ferner, weil ich noch vor Ablauf der gesetzten Frist das Hinderniß, was deren Einhaltung entgegen getreten war, angezeigt und den mir nöthigen Beistand zeitig, nämlich re integra mir erbeten gehabt; so unterwerfe ich mich dennoch willig der

gefaßten Ansicht, wonach der Beschluß auf mein Gesuch zur Entscheidung beider Sectionen löblicher Landschaft verstellt, also bis zur Einberufung eines Landtages ausgesetzt worden ist.

Denn freilich möchte ein definitiver Beschluß hinsichtlich meiner Verhältnisse, in Entstehung einer Uebereinstimmung beider Theile, nur auf diese Weise gefaßt werden können. Und denn abgesehen hiervon, so darf ich doch dabei, mit einem beruhigenden Rückblick auf meine bisherige Dienstverwaltung und mein ganzes öffentliches Leben, zu meinen verehrten Herren Mitständen das Vertrauen hegen, es werde der zu fassende Beschluß nur von der vollständigen Erörterung der für mich redenden Rechtsgründe ausgehen, und nicht übersehen werden, daß die Stelle eines Steuerraths, durch Art. 34. der Landschafts-Ordnung, »in Hinsicht der Ansetzung und Entlassung anderer Staatsdiener völlig gleich gestellt ist;« daß also die angedeutete Wahl eines anderen landschaftlichen Steuerraths nur eventualiter, nämlich für den Fall werde vorgenommen werden sollen, daß ich meiner Stelle für verlustig erkannt werden können.

Der genauen Kenntniß unseres Vaterlandes, seiner Geschichte und Verfassung habe ich mein ganzes Bestreben gewidmet, und so ist es kein leeres Wort, auch kein Ausspruch bloßer Berechnung, sondern der innigste Wunsch meines Herzens gewesen, wenn ich die Absicht erklärt habe, in meiner Wirksamkeit zu verbleiben, als ständischer Steuerrath und Herzoglicher Cammer-Director. Hierin mich auf jedem gesetzmäßigen Wege zu erhalten, muß daher mein ernstlicher und eifriger Betrieb sein, und gewiß wird keiner meiner verehrten Herren Mitstände es mißdeuten oder mir verübeln, wenn ich diese Absicht nochmals ausspreche und ihnen Allen, im Vertrauen auf die für mich redende Billigkeit und die Gerechtigkeit meiner Sache, diese letzte ehrerbietig ans Herz lege.

Braunschweig, am 19. Juli 1829.

ganz gehorsamt

G. P. v. Bülow.

An  
die beiden Ausschüsse löb-  
licher Landschaft  
hieselbst.









# KODAK GRAY SCALE



00 A .10 .20 .30 .50 .70 M 1.00 1.30 1.60 B 1.90



black

3-color

white

cyan

violet

magenta

primary red

yellow

green



## KODAK COLOR CONTROL PATCHES

*These colors have been selected as representative of those inks commonly used in photomechanical reproduction.*

